Nr. 282. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 4. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Streikwelle in Frankreich.

Versailles, 3. Juni. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts".) Die Streikbewegung in Paris dauert fort. Außer den Angestellten der Untergrundbahn streiken die Schneider und Angestellten in einzelnen Kaufhäusern, die Elektrizitätsarbeiter, ferner sollen heute um Mitternacht Angestellte der Straßenbahn den Streikbeschluß fassen. Im Departement Calais streiken alle Bergarbeiter. Diese Streikbewegung legt der Regierung und der bürgerlichen Presse besondere Furcht auf und der „Temps" beschwört die Arbeiter, die nationale Einigkeit aufrecht zu erhalten, die während des Krieges so große Erfolge hatte. Aus einer Erklärung der Kommission der Gewerkschaften geht hervor, daß der Streik nicht nur Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse bezwecke, sondern auch einen politischen Hintergrund hat, indem sich die französische Arbeiterschaft gegen jede Intervention in Rußland wende.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Genf, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Vertretung der Bergarbeiter in Pas de Calais hat mit 116 gegen 10 Stimmen den Generalstreik beschlossen. Eine Abordnung wird sich am Dienstag nach Paris begeben, um dem Arbeitsminister die Forderungen der Streikenden zu unterbreiten und mit der Confédération Générale du Travail Vereinbarungen zu treffen. Sehr wahrscheinlich werden sich die Arbeiter sämtlicher Bergwerke Nordfrankreichs der Bewegung anschließen.

Erregung in der Kammer.

Versailles, 3. Juni. Die Ausstände in Paris dauern fort. Während die nationalistischen Blätter die Zahl auf 100 bis 200 000 schätzen, erklären die sozialistischen Blätter, es handle sich um mindestens 4 bis 500 000 Streikende. Der Arbeitsminister berief das Streikkomitee der Metallarbeiterverbände auf heute vormittag zur Besprechung der Lage ins Arbeitsministerium. Gestern in später Nachtstunde traten Arbeiter und Angestellte der Pariser Untergrundbahnen zusammen, um den Generalstreik zu erörtern. Das Ergebnis der Sitzung ist den Morgenblättern noch nicht bekannt, jedoch befürchten zahlreiche Blätter, daß die Untergrundbahnen heute nicht mehr verkehren. Die Bewegung scheint auch die Gewerkschaften der Maler und Zuckerarbeiter zu ergreifen. Wie „Matin" mitteilt, herrschte gestern in den Wandelgängen der Kammern große Erregung und Besorgnis über die Ausstände und die innere Lage. Nachmittags hatten zahlreiche Politiker lange Besprechungen mit Clemenceau. Wie „Matin" berichtet, nimmt die Bewegung auch in der Provinz zu. In Nordfrankreich liegen sämtliche Bergwerke still, in Bordeaux feiern 20 000 Arbeiter, darunter sämtliche Metallarbeiter. Im ganzen Gebiet Grenoble, Isere und Savoyen haben sämtliche Metallarbeiter sowie die Gewerkschaften der Bauarbeiter, Schuhmacher, Schokoladenarbeiter und Transportarbeiter den Streik erklärt. In Clermont und Vienne haben mehrere Gewerkschaften sich der Bewegung angeschlossen.

Die Protestbewegung der linksrheinischen Bevölkerung.

Große Demonstrationen in der Pfalz — Generalstreik in Ludwigshafen und Mainz.

Die „Badische Landeszeitung" berichtet: In allen größeren Städten der Pfalz fanden gestern nachmittag große Kundgebungen statt. In den Demonstrationszügen, an denen sich je nach der Größe der betreffenden Stadt Zehntausende von Personen, hauptsächlich Arbeiter, beteiligten, bekundeten die Teilnehmer in ruhiger Haltung ihr Deutschtum und protestierten gegen die Errichtung einer selbständigen pfälzischen Republik. Viele Betriebe waren geschlossen; alles verlief in Ruhe und Ordnung. Heute wird überall wieder gearbeitet.

Von anderer Seite wird berichtet: Am Montag streikten in Ludwigshafen zu Tausenden die Arbeiter aller großen Fabriken, ebenso wie die Beamten und Angestellten als Protest gegen die Ausrufung der rheinischen Republik. Die Franzosen suchten durch großes Militäraufgebot Demonstrationen entgegenzutreten. In Ludwigshafen wie in der ganzen übrigen Pfalz, Landau, Speyer, Kaiserslautern kann die Ausrufung der pfälzischen Republik als völlig gescheitert betrachtet werden. Ueberall erklärte sich die Bevölkerung in großen Massen entschieden gegen diese verräterischen Machenschaften. In Mainz wurde der Proteststreik als Generalstreik am Montag bis zum Abend uneingeschränkt durchgeführt. Ein starkes militärisches Aufgebot, vor allem Senegalneger, beherrschte das Stadtbild. Zu Unruhen und Zusammenstößen ist es nach bisherigen Meldungen nirgends gekommen. In Wiesbaden wurde infolge des Einschreitens der französischen Behörden der Proteststreik um 3 Uhr nachmittags abgebrochen.

Die hessische Regierung in Darmstadt hat gegen die völkerrechtswidrige Verhaftung des Kammerpräsidenten Adelung und anderer politischer Führer in Mainz eine energische Protestnote an den französischen Oberbefehlshaber General Mangin gerichtet.

Die „Germania", das Berliner Zentrumsblatt, erhebt Protest dagegen, daß in den Kundgebungen der Mainzer und Wiesbadener Bevölkerung zum Abwehrstreik gegen die „Pfaffenrepublik" aufgefordert worden sei. Sie betont, daß auch die deutschen Katholiken und die Zentrumsfraktion in der scharfen Verurteilung des Putschversuches mit der Bevölkerung einig seien, und daß die preußische Zentrumsfraktion des Landtags die Kastert, Kuckhoff usw. abgeschüttelt habe. Dabei aber benutzt das Zentrum die Gelegenheit, die ihm Verbrecher aus den eigenen Reihen verschafft haben, um schleunigst seinen Anspruch auf alle führenden Staatsstellen im Westen des Reiches durchzusetzen. Unter dem Vorgeben, daß es nur so der landesverräterischen Bewegung wirksam entgegentreten könnte, fordert es für sich den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, die Regierungspräsidenten in Aachen, Köln und Koblenz und den Posten des Reichskommissars für den Westen.

•

Das Kabinett hat sich am Dienstag im Rahmen der allgemeinen politischen Situation mit den rheinischen Separationsplänen und den darin zutage getretenen Absplitterungsversuchen beschäftigt.

Zugeständnisse des Viererrats.

Haag, 3. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „New York Tribune" weist nochmals darauf hin, daß der Viererrat geneigt ist, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Wilson sei für größere, Clemenceau für geringere Aenderungen. Italien wünsche so rasch wie möglich seine Handelsbeziehungen mit Deutschland und mit seinen nördlichen Nachbarn wiederaufzunehmen. Auch Lloyd George rechne jetzt offenbar mit der Stimmung in den liberalen und radikalen Kreisen in England, die die Strenge der Friedensbedingungen verurteilen.

Keine mündlichen Verhandlungen für Oesterreich.

St. Germain, 3. Juni. Nach einer Havasmeldung teilte bei der Uebergabe des Friedensvertrages an die österreichischen Delegierten Clemenceau mit, daß mündliche Verhandlungen nicht stattfinden würden. Einwände müßten innerhalb 14 Tagen eingereicht werden. Der Viererrat werde darauf schriftlich antworten und eine Frist bestimmen, in welcher die Oesterreicher endgültig zu antworten hätten.

Leviné zum Tode verurteilt.

Wir fordern Nichtvollstreckung des Urteils.

Vom Standgericht München wurde nach zweitägiger Verhandlung der 1883 in Petersburg geborene Redakteur Dr. Eugen Leviné, badischer Staatsangehöriger, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Der Mitangeklagte, Architekt Wilhelm Zimmer wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat dem ordentlichen Gericht überwiesen. Die weiteren Angeklagten, Privatdozent Dr. Adolf Arthur Salz von München und der Kunstmaler Botho Schmidt wurden freigesprochen.

Das Todesurteil ist ergangen wegen rein politischer Vergehen. Eine Beteiligung an dem verabscheuungswürdigen Geißelmorde ist unseres Wissens Leviné nicht nachgewiesen worden, es scheint aber fast, als ob die Erregung über diese Tat den harten Urteilsspruch mitbestimmt hat. Unter solchen Umständen verlangen wir, daß das Todesurteil nicht vollstreckt werde. Ist die Todesstrafe schon für gemeine Verbrechen nicht zu billigen, so sträubt sich jedes Gefühl gegen ihre Anwendung bei einem Angeklagten, der als politischer, nicht als gemeiner Verbrecher anzusehen ist.

Zur Flucht des Oberleutnant Vogel.

Eine Erklärung der Holländischen Regierung.

Haag, 3. Juni. (H. N.) **An ausschlaggebender Stelle wurden Informationen darüber eingeholt, ob der holländischen Regierung etwas über die Anwesenheit des deutschen Leutnants Vogel im Haag bekannt sei. Die Antwort lautete entschieden verneinend. Der Regierung sei nicht das geringste darüber bekannt.**

Regierungstruppen und Arbeiterschaft.

Von Georg Schöpflin.

Zwischen nicht geringen Teilen der Bevölkerung, vornehmlich aber der Arbeiterschaft und der neu geschaffenen bewaffneten Macht, hat sich eine Konfliktsstimmung eingestellt, die zu einer ernsten Gefahr werden kann, falls sie für die Dauer bestehen bleiben oder sich gar noch verschärfen sollte. Es muß versucht werden, dem vorzubeugen. Wir stehen nach dem Unglück der jüngsten Vergangenheit in der Zukunft auch dann vor den bittersten Sorgen und größten Schwierigkeiten, wenn wir die beinahe tödlichen Gefahren der Gegenwart zu überwinden vermögen. Ein dauernder und gar noch verschärfter Konflikt zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterschaft würde unheilvoll sein. Denn sowohl heute wie sicher auch später ist zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit eine genügend starke bewaffnete Macht notwendig und keine Regierung, wer immer sie bilden mag, kann eine ersprießliche Tätigkeit entfalten oder sich behaupten, wenn ihr nicht genügend Machtmittel zu Gebote stehen. Eine Regierung, die erforderlichenfalls nicht mit durchgreifendem Nachdruck den Gesetzen Achtung und Geltung verschaffen kann, ist ein Spottgebilde, ein Spielball gewalttätiger Haufen.

Daß die kommunistischen und unabhängigen Kreise den Regierungstruppen, besonders den Freikorps, stärksten und ungezügelten Haß entgegenbringen, davon legt ihre Presse täglich Proben ab. Aber auch bis tief in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft herrscht steigender Mißmut, Argwohn und Abneigung gegen die Regierungstruppen. Ihre Führung, einschließlich des gesamten Offizierskorps wird schon ganz offen als im Dienste der Reaktion stehend bezeichnet, die Mannschaften selbst als beinahe durchweg käufliche Söldner und Prätorianer eingeschätzt. Das Bestreben, die Angehörigen der Freikorps wirtschaftlich und gesellschaftlich zu ächten, hat bereits bei einigen Gewerkschaftsorganisationen Erfolg gehabt und wird in nicht wenigen Betrieben praktiziert. Der Konflikt verschärft sich, der Haß wird wieder Haß erzeugen.

Daß die Freikorps als Werkzeuge der Reaktion geschaffen und gebildet worden sind, ist Unsinn. Wie alle militärischen Formationen, die seit dem Ausbruch der Revolution ins Leben gerufen worden sind, sind auch die freiwilligen Truppen aus dem Zwange der Verhältnisse, aus der Not der Stunde und aus den meist lokalen Bedürfnissen im Gang der Ereignisse heraus entstanden.

Als der deutsche Osten erneut bedroht erschien, das Hereinfluten einer bolschewistischen Welle zu befürchten stand, Abgesandte der Sowjetrepublik in Deutschland mit enormen Geldmitteln eine umfangreiche Wühlarbeit entfalteten, Spartakus aktionslustig wurde und in den Großstädten der massenhaft angesammelte, auf dem günstigen Nährboden der Kriegswirkungen unheimlich gewachsene Mob zu Plünderungen größten Stils beinahe widerstandslos schreiten konnte, da entstanden die Regierungstruppen. Wer damals gerade entsprechende Unternehmungslust, eine geeignete Freundesschar oder schnell hilfsbereite Geldgeber hatte, schuf Truppenformationen. Was da in der drängenden Eile an bewaffneter Macht in Deutschland zusammengekratzt wurde, glich in seiner Buntscheckigkeit etwa der alten seligen Reichsarmee von Annodazumal. Selbstverständlich unterschieden sich von vornherein die von Offizieren gegründeten Formationen von denen, bei deren Bildung gewissermaßen revolutionäre Grundsätze Pate gestanden hatten. Die letzteren waren bewaffnete und uniformierte Vereine mit selbstgewählten Leitern, sofort stark von parteipolitischen Tendenzen und Stimmungen beherrscht und sie konnten, gemäß ihrer Organisation, auch selbst beim allerbesten Willen nur ein Minimum militärischer Kraft entwickeln. Die Freikorps dagegen wurden sofort auf der Grundlage aufgebaut, die allein militärische Aktions- und Leistungsfähigkeit verbürgt: sach- und fachkundige Führung, Unterordnung unter die Führer, die in ihrer Stellung nicht vom Votum der Mannschaften abhängig sind, Disziplin und Erzielung der größtmöglichen militärischen Gefechtsbereitschaft. Ohne diese Voraussetzungen und Eigenschaften wird sehr bald jede militärische Formation entweder eine zügellose Horde oder im günstigsten Falle ein gemütlicher Bummelverein, der nur Unkosten verursacht und weder Schutz noch Sicherheit zu bieten vermag. Daß dem so ist, haben uns bittere Erfahrungen genug gelehrt. Daß mit den Freikorps der alte Militarismus wieder auferstanden sei, ist

falsch; es sei aber zugegeben, daß dort tätige oder hinter den Freikorps stehende Kreise diese Wiedererstehung herbeiführen. Sicher ohne Erfolg, es sei denn, große Teile der Arbeiterschaft lassen sich weiter zur trügerischen Jagd nach unerreichbaren Phantasiegebilden mißbrauchen, statt den Blick unbeirrbar auf das Mögliche und Erreichbare zu lenken; und es sei denn, daß die Arbeiter weiter den brudermörderischen Kampf als die Aufgabe dieser furchtbaren und entscheidenden Zeit ansehen, statt die Kräfte zu sammeln gegen die Gefahren der Gegenwart und Zukunft, zur Bekämpfung des Elends von heute und morgen; zum lebensnotwendigen Aufbau und zum kraftvollen Fortschritt.

Die Freikorps sind von dem alten Militarismus wesensverschieden; sie haben aber noch Aeußerlichkeiten mit ihm gemein. Sie basieren auf dem Freiwilligensystem, sie kennen den Stadavergehorsam nicht mehr, und nicht eines dieser Korps würde sich alle die Strafbestimmungen und den blinden Gehorsam der alten Armee gefallen lassen. Auch an den Freiwilligen ist die Revolution nicht spurlos vorübergegangen und, der heute in allen Bevölkerungskreisen so hervorstechende Zug, erst viele Rechte zu fordern und dann vielleicht gelegentlich auch einmal der Pflichten sich zu erinnern, wird auch bei ihnen zu entdecken sein. Daß den Freiwilligenkrupen noch große Mängel anhaften, daß bei ihren Aktionen bedauerliche Uebergriffe sich ereignen, wird von niemand bestritten. An der Abstellung der Mängel wird von der Führung ernst gearbeitet; die gegebenen Verhältnisse erschweren aber den Fortschritt der Arbeit erheblich. Man vergesse doch nicht den allgemeinen moralischen Niederbruch des Volkes, man vergesse nicht die verheerenden Wirkungen des vierjährigen Massenmordes an dem Geist und an dem Verhalten der Menschen überhaupt. Sind denn die Sicherheitswehren, die republikanischen Garden usw. durchweg Mustergebilde an Mannszucht und gesittetem Verhalten gewesen? Wenn nach vierjährigem Blutbade und gigantischen Zerstörungen zu Hause politische Differenzen durch Meuchelmord, mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgefochten werden, wenn die Nichtbeachtung der Gesetze ein Sport, das Uebervorteilen, das Betrügen und die Mißachtung des Eigentums gang und gäbe geworden sind, da sollen nur ausgerechnet die Freiwilligen allein tadellose Musterknaben sein. Erhebt irgendwo Spartakus sein Banner oder versetzen Plündererhorden die Bürger in Angst und Schrecken, dann schreit alles nach Schutz und Hilfe, die zu leisten die Freiwilligen seit Wochen Deutschland förmlich durchqueren müssen. Sind sie alle aber nicht blütenweiße Engel — und sie sind es nicht — dann schreien nicht nur Unabhängige und Spartakus, sondern auch andere Bevölkerungskreise heftig hinter ihnen her. Die Nationalentgleisung von uns Deutschen, bei jeder Gelegenheit unrichtig zu schießen, wird auch hier bestätigt. Spartakus und Unabhängige hassen in den Freiwilligen die konzentrierte militärische Kraft von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Und wenn sie jede Gelegenheit und jedes Vorkommnis benützen, um die Freiwilligen in Mißkredit zu bringen, ist das von ihrem Standpunkt aus verständlich; aber unverständlich, ja töricht und schließlich schwer schädigend ist es, wenn andere Parteien oder Bevölkerungskreise die Uebung der Unabhängigen unterstützen, ihnen dadurch erst Resonanz verschaffen.

Wir werden nach dem Gebot der Entente auch in Zukunft nur eine auf der Freiwilligkeit, also dem Söldnertum aufgebaute bewaffnete Macht haben. Wohin soll es führen, wenn die Konfliktstimmung gegen die Freiwilligen weiter gesteigert wird? Und wohin soll es führen bei dieser Stimmung, wenn gar die eingeleiteten und weiter betriebenen Boycott- und Aechtungsbestrebungen sich fortpflanzen? Der Haß auf der einen Seite wird von der anderen erwidert werden. Es könnte sehr bald eine enge Solidarität der also Geächteten sich entwickeln und eine Stimmung, die sie in kritischen Situationen dem in die Arme treibt, der ihnen Schutz und Rettung vor dieser Aechtung verspricht. Und die Reaktion, die den immer stärker klaffenden Riß zwischen der Arbeiterschaft und den Freikorps mit ebenso lüsternen Augen betrachtet wie den wahnsinnigen Brudermord unter der Arbeiterschaft, wird gegebenenfalls weder dumm noch faul sein, wenn sie glaubt, der richtige Zeitpunkt sei gekommen. Und geht es so weiter, dann fürchte ich, daß dieser Zeitpunkt kommen kann. Da wir in Zukunft nur eine auf dem Freiwilligensystem aufgebaute bewaffnete Macht haben werden, muß alles getan werden, um die ohnehin schweren, diesem System anhaftenden Mängel auf ein Mindestmaß zu reduzieren und ein erträgliches Verhältnis zwischen den Truppen und der Bevölkerung zu schaffen. Das Gebot der Not hat uns die heutige Form der bewaffneten Macht geschaffen, das Gebot der Entente erhält es uns für die nächste Zukunft. Einsicht und Vernunft, unser eigenes Interesse gebieten, daß wir die bestehende militärische Organisation nicht zu einer Quelle neuer Kampfesleidenschaften und nicht zu einer Gefahr werden lassen. Und daran ist die Arbeiterklasse sehr lebhaft interessiert. Durch reformatorische Arbeit können wir die bestehenden Mängel beseitigen, durch künstlich gesteigerten Argwohn oder gar Haß verderben wir alles. Und den Hauptschaden haben nicht die Gegner der freiheitlichen Entwicklung und einer kraftvollen Arbeiterbewegung. Leidenschaft und blinder Eifer haben seit dem 9. November schon genug geschadet, jetzt ists höchste Zeit, zur Besonnenheit zurückzukehren, die uns in Verbindung mit steter Arbeit und unerschütterlicher Pflichterfüllung allein zu retten vermag.

Ein Aufruf des französischen Parteivorstandes.

Versailles, 3. Juni. Der Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs veröffentlicht in der „Humanité" einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, indem er aufs energischste gegen die Intervention in Rußland und Ungarn Einspruch erhebt. Die Arbeiterrevolutionen in Europa dürften nicht niedergezwungen werden. Dies genügt nicht. Die sozialistische Partei ruft Euch heute zur Tat. In England droht der Dreibund der Arbeiter, die Arbeit einzustellen, wenn er nicht die sofortige Zurücknahme aller Truppen aus Rußland erwirkt. Die italienische sozialistische Partei schlägt unseren drei Proletariaten eine Massenaktion vor. Um die Revolution in Rußland und Ungarn zu retten, und damit auch Eure eigenen Befreiungsmöglichkeiten, haltet Euch bereit, den Aufruf Eurer Klassenorganisationen zu beantworten. Volk Frankreichs, welches Du immer den revolutionären Kampf an der Spitze aller Völker führtest, Du kannst die Arbeiterrevolution noch retten und Dein eigenes Heil gleichzeitig wahren! Mache Dich durch Dein Schweigen und Deine Untätigkeit nicht zum Spießgesellen des Mordes!

Italienische und französische Sozialisten über den Frieden.

Versailles, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Bei einer Zusammenkunft der Leiter der italienischen sozialistischen Partei mit den Genossen Jean Longuet und Ramsay Macdonald wurden nach einer Meldung des Pariser „Temps" bedeutsame Reden gehalten. Turati legte die Ansicht der parlamentarischen Gruppe der italienischen sozialistischen Partei dar, wonach eine gemeinsame Aktion des sozialistischen Proletariats notwendig sei, um eine Revision des Versailler Friedens durchzusetzen. Die Vertreter der Gewerkschaften schlossen sich diesem Gedanken an. Jean Longuet erklärte, daß „der alte Clemenceau" darin Erfolg haben könne, wenn er einen Gewaltfrieden auferlege, daß aber dieser Frieden keine lange Dauer haben werde. Man einigte sich darin, sofort als Protest einen 24stündigen Generalstreik zu proklamieren.

Bethmann über Kriegsentstehung.

Keine persönlichen Unvollkommenheiten?

Der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg erläßt zur Denkschrift von Hans Delbrück und Genossen einen offenen Brief, in dem er ausführt:

1. Unter Nummer vier stellt das Gutachten die Behauptung auf, „es würde von entscheidender Wichtigkeit gewesen sein, wenn sofort nach Eintreffen der serbischen Antwortnote am 27. 7. das Wiener Kabinett von unwiderruflichen Maßnahmen abgehalten worden wäre und die Berliner Regierung schon an diesem Tage den Eindruck gewonnen hätte, daß Serbien weit entgegengekommen war."

Unter Nummer sechs wird an einen erneuten Tadel, daß das Berliner Telegramm vom 28. 7. nicht bereits am 27. 7. abgelassen worden sei, die Bemerkung geknüpft: „Ob freilich bei einem schnelleren Verfahren ein Weltkrieg vermieden worden wäre, ist nicht sicher."

Das sind offenbar Widersprüche. Von entscheidender Wichtigkeit war die Verzögerung des Telegramms doch nur, wenn sie den Weltkrieg verschuldete. Erklären aber die Verfasser des Gutachtens selbst, auch ihnen sei es nicht sicher, ob bei schnellerem Verfahren der Weltkrieg vermieden worden wäre, dann ist die Behauptung „entscheidender Wichtigkeit" nicht haltbar. Dabei lasse ich auch dahingestellt, ob tatsächlich ein vermeidbarer Zeitverlust eingetreten ist. Diesen Punkt vermag ich zurzeit nicht nachzuprüfen. Keinesfalls läßt sich sachlich absehen, wie eine frühere Absendung des Telegramms auf die von dem Gutachten so zutreffend gekennzeichnete Kriegspolitik Rußlands entscheidend hätte einwirken können.

2. Unter Nummer sechs führt die Denkschrift denn auch unter Hinweis auf eine fast aussichtslose internationale Lage aus, daß **Mangel an staatsmännischer Kunst und Entschlußkraft in meiner Person** das Gelingen des von mir versuchten Ausgleichs verhindert hätte, und später bezeichnet das Gutachten es als ein durch Fehler unserer politischen Leitung herbeigeführtes schweres Mißgeschick Deutschlands, daß es durch den unvermeidbaren Gegensatz gegen den Zarismus auch mit Ländern in Gegensatz und schließlich in kriegerische Verwicklungen geriet, denen es durch starke Gemeinschaft geistiger Interessen verbunden war, und mit welchem nach der in dem Gutachten vertretenen Ueberzeugung eine Verständigung möglich war. Aber auch hier bewegt sich das Gutachten in Widersprüchen, denn dem zitierten Satz folgen die nachstehenden Worte: „Es muß freilich nachdrücklich betont werden, daß die französische Regierung die Absicht einer Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen niemals rückhaltlos aufgegeben hatte, daß diese Absicht nur durch Krieg zu verwirklichen war, und daß kein sicheres Mittel anzugeben ist, durch welches mit der letzten französischen Regierung eine Verständigung über die Frage zu erzielen gewesen wäre."

Und auch bezüglich Englands enthält das Gutachten weiterhin Ausführungen, die es wenigstens in suspenso lassen, ob die englische Regierung zur aufrichtigen Verständigung mit uns bereit war.

Stellt sich aber die Denkschrift auf diesen Standpunkt, so will es mir unbillig und unberechtigt erscheinen, daß sie einseitig und unter scharfer Zuspitzung **persönliche Unvollkommenheiten** für das Ausbleiben einer Verständigung mit England und Frankreich und damit für Mißerfolge ausschlaggebend macht, die nach ihrer eigenen Darstellung in der fast völligen Aussichtslosigkeit der überkommenen internationalen Lage und in mangelnder oder unsicherer Bereitschaft der Gegenseite ihren vornehmsten Grund haben. Was nach meiner Ansicht tatsächlich die Zusammenhänge gewesen sind, habe ich in einer Denkschrift ausgeführt, welche in kürzester Frist an die Oeffentlichkeit gelangt.

•

Herrn v. Bethmann wird es durch seine Denkschrift nicht gelingen, die Welt von seiner persönlichen Vollkommenheit zu überzeugen. Er ist in den Krieg, den er nicht gewollt hat, hineingerutscht unter Umständen, die den Anschein erweckten, als hätte er ihn gewollt. Etwas Schlimmeres kann einem Staatsmann nicht passieren; größeren Schaden kann er seinem Lande nicht zufügen. Die „persönliche Unvollkommenheit" ist der beste Entschuldigungsgrund, der Herrn v. Bethmann noch zur Verfügung steht, er sollte ihn nicht aus Eitelkeit leichtfertig gefährden.

Keine Bezahlung von Streiktagen mehr. Die Staatsregierung hat beschlossen, daß ein für allemal Streikgelder nicht mehr gezahlt werden, gleichgültig aus welchen Motiven gestreikt wurde.

Fortführung des Mittellandkanals. Die Preußische Regierung will den Mittellandkanal weiter in Angriff nehmen. Die Linienführung wird noch festgesetzt.

Die Zulassung von Mädchen in allen Klassen höherer Knabenschulen soll gestattet werden, vorausgesetzt entsprechende Vorbildung. Sie soll aber nur für besonders qualifizierte tüchtige und begabte Mädchen gelten und nur da, wo bestehende Mädchenschulen nicht in Frage kommen. Dasselbe gilt für Handels-, Fach- und Gewerbeschulen.

Berlioz: „Faust's Verdammung".

Berliner Volkschor.

Hector Berlioz war fünfundzwanzig Jahre alt, als ihm Goethes Faustdichtung (in französischer Uebersetzung) vor Augen kam. „Das wunderbare Buch bannte mich sogleich; es verließ mich nicht mehr; ich las es beständig, bei Tisch, im Theater, auf der Straße, überall." Das Genie Goethe entflammte das Genie Berlioz. Und so entstanden allmählich die „Acht Szenen aus Faust". Achtzehn Jahre später packt ihn der gleiche Stoff abermals — ein Zeichen, wie tief er ihm sich verwandt fühlen mochte. Es war auf einer Künstlerfahrt durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Jene acht Stücke wurden zum Teil verändert, alle aber reicher instrumentiert, gewissermaßen als Grundstock genommen. Das meiste neue entstand unterwegs, in Pesth, Wien, Pest, Breslau usw., ein kleiner Rest, bis zur Vollendung des Ganzen, auf einem Landgut bei Rouen. Solcherweise mag, wenn nicht die gänzliche Abweichung vom Goetheschen Faust, der Einschlag deutscher Naturromantik erklärlich sein. Und Swedenborgscher Mystik dazu, was die Uebernahme der Höllensprache aus dessen gleichnamigem Wörterbuch in der Orgie der Dämonen betrifft.

Längst wird „Fausts Verdammung" als das gewaltigste Musikwerk nicht bloß Berlioz', sondern der Franzosen überhaupt erachtet. Bei seiner Uraufführung und Wiederholung in Paris (1846) vermochte es aber keinen nennenswerten Erfolg zu erzielen. Einen umso stärkeren hingegen in Berlin (1847) und seitdem allenthalben in Deutschland. Einmal hat man die „dramatische Legende" auch sogar auf die Bühne gebracht und zu veropern versucht. Allein dies Experiment mißglückte. Die Aufführung im Konzertsaal bietet die einzige Gewähr, daß sie so, wie vom Komponisten geschaffen, zur Geltung kommt. Mit ihrer Aufführung gestern in der Philharmonie hat Ernst Zander nach seiner Rückkehr aus dem Felde seine erste große Dirigententat besiegelt, hat der Berliner Volkschor im Verein mit dem Männerchor „Fichte-Georginia" abermals eine bedeutende künstlerische Leistung vollbracht. Mit ihm die Solisten Albert Fischer (Mephisto), Frau Birgit Engell (Margarete), Joseph Mann (Faust) und Eduard Kandl (Brander). Das Philharmonische Orchester nicht zu vergessen. Dank dieser Faktoren und einer sehr sorgfältigen Vorbereitung trat das gewaltige Werk mit aller ihm innewohnenden eigenartigen musikalischen Struktur und klanglichen Schönheit in die Erscheinung. Seine Wiederholung am 5. und 12. Juni verschafft noch größeren Kreisen Gelegenheit, es zu hören.

ek.

Wera Sassulitsch.

Vera Sassulitsch ist nach einer Meldung der „Rosta" gestorben. Sie gehörte zu den Pionieren der revolutionären Bewegung in Rußland. Ihre revolutionäre Laufbahn begann sie als siebzehnjähriges Mädchen zu Ende der sechziger Jahre. Im Jahre 1878 weckte sie in ganz Rußland das größte Aufsehen durch ihr Attentat auf den Petersburger Stadthauptmann Fedor Trepow. Aus Erregung darüber, daß Trepow im Gefängnis den politischen Gefangenen Bogoljubow hatte auspeitschen lassen, weil er nicht die Mütze vor ihm gezogen hatte, schoß Sassulitsch auf ihn und verwundete ihn so schwer, daß er an den Folgen des Schusses starb. Sie wurde verhaftet, aber von den Geschworenen freigesprochen. Ehe die Polizei ihrer aufs neue habhaft werden konnte, verschwand sie. Im Verborgenen setzte sie dann noch einige Jahre ihre revolutionäre Tätigkeit fort. Später beteiligte sie sich als politischer Flüchtling in der Schweiz mit Plechanow und anderen an der Gründung des ersten russischen sozialdemokratischen Verbandes „Befreiung der Arbeit". Zu Anfang dieses Jahrhunderts gehörte sie zusammen mit Plechanow und Lenin der Redaktion der für die russische revolutionäre Bewegung richtunggebenden Zeitung „Iskra" und der Zeitschrift „Sarja" an. In den letzten Jahren hat Vera Sassulitsch, die der Menschewistenpartei angehörte, dem revolutionären Kampfe ferngestanden.

Wer sie je von Angesicht gesehen, bewahrt das Bild einer schlichten, zarten Frau, die ganz in sich zurückgezogen schien. Aber ihre Mienen bargen den Ausdruck einer stillen Festigkeit.

Die deutsch-polnische Sprachgrenze.

Albrecht Penck von der Berliner Universität behandelt in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde die deutsch-polnische Sprachgrenze. Es ziehen sich, so schreibt er, Zungen von Deutschen bewohnten Landes in das überwiegend von Polen besiedelte. Es mengen sich vielfach deutsche und polnische Dörfer durcheinander, und es leben in demselben Dorfe gewöhnlich Deutsche und Polen nebeneinander. Um zu einer klaren Erfassung des beiderseitigen Sprachgebietes zu kommen, sind statistische Aufnahmen nötig, wie solche bei den Volkszählungen ausgeführt wurden. Die Ergebnisse der letzten von 1910 wurden im Geographischen Institut der Berliner Universität unter Leitung Pencks auf etwa 100 Blatt der Karte des Deutschen Reiches übertragen, derart, daß gemeindeweise 10 Einwohner nach ihrer sprachlichen Zugehörigkeit durch einen farbigen Punkt dargestellt wurden. Diese Hunderttausende von Punkten geben einen klaren Ueberblick über die Verteilung von Deutschen und Polen. Es hebt sich zunächst das reindeutsche Sprachgebiet ab, in dem man höchstens 5 Proz. andersprachliche findet. Seine Ostgrenze läuft quer durch Oberschlesien und greift in Westpreußen sowie in den westlichen Teilen Posens in beide Provinzen über, während umgekehrt das gemischtsprachliche Gebiet nur wenig aus den letztgenannten Provinzen hinausreicht. Neben dem großen geschlossenen reindeutschen Sprachgebiet gibt es eine reindeutsche Sprachinsel in Ostpreußen, die nach Westpreußen zwei Ausläufer in der Richtung auf Danzig und Graudenz erstreckt. Das ganze Mündungsgebiet der Weichsel ist reindeutsch im strengsten Sinne des Wortes. Eine zweite, wesentlich kleinere reindeutsche Sprachinsel erstreckt sich zwischen Thorn und Bromberg. Diesem reindeutschen Sprachgebiet kommen auf dem Boden des Deutschen Reiches nur einzelne kleine Inseln reinpolnischen Gebietes mit mehr als 95 Proz. polnischer Bevölkerung gegenübergestellt werden. Es fehlt hier ein geschlossenes rein polnisches Sprachgebiet. Nie kann es ein Polen als einen reinen Nationalstaat geben — wie man seine Grenzen auch ziehen möchte.

Die Sprachgrenze zwischen den Gebieten mit überwiegend deutscher und denen mit überwiegend polnischer Bevölkerung zieht sich im Süden, in Oberschlesien und in südlichen Teilen Posens, nicht weit von der Grenze des reindeutschen Sprachgebietes entlang. Aber im Nordwesten entfernt sie sich weit von ihm. Sie zieht sich südlich der Netze in der Richtung auf Thorn, östlich der Weichsel verläuft sie etwa auf der Südabdachung der Seenplatte. Man kann im überwiegend deutschen Sprachgebiet bleibend von Berlin nach Königsberg wandern, ohne auch nur ein Dorf mit überwiegend polnischer Bevölkerung zu berühren. Die Polen nördlich der Netze und westlich der Weichsel bilden mit den Kassuben eine Sprachinsel. Diese aber sind durchsetzt von vielen deutschen Siedlungen, so daß es hier schwer fällt, die Grenze überwiegend polnischer Bevölkerung festzustellen; diese bildet hier kaum die Mehrheit im sprachlich gemischten Gebiet. Die Polen Westpreußens links der Weichsel sollen überhaupt nicht in das zusammenhängende überwiegend polnische Sprachgebiet. Gleiches gilt von den meisten im Regierungsbezirk Bromberg. Im Regierungsbezirk Posen ist genau ein Drittel der Bevölkerung deutsch.

Notizen.

— **Eine Gedenkfeier für die gefallenen Akademiker Groß-Berlins** veranstaltet der Akademikerbund in der Philharmonie am 4. Juni, abends 8 Uhr.

— Das internationale Arbeiterrecht behandelt in Aufsätzen von W. Jansson, E. Kuttner, W. Peiser, W. Ziegler, H. Wille das erste Heft der Zeitschrift „Das neue Reich". Eine Zeichnung von Hans Baluschek, ein Schwerindustriewerk in brausender Tätigkeit, ziert die Titelseite des wieder gut gelungenen Heftes.

Preußische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

29. Sitzung, Dienstag, den 3. Juni 1919, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Haenisch, Südekum.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend die Gemeindeeinkommenbesteuerung im Rechnungsjahre 1919.

Finanzminister Dr. Südekum: Auch diese Vorlage verfolgt den Zweck, der schwer bedrohten Bevölkerung ihre Lebenslage zu erleichtern. Anträge zur Entlastung der niederen und zur höheren Belastung der höheren Einkommen in der Gemeindebesteuerung sind in diesem Jahre mehrfach gestellt worden. Sie sind alle auf eine dauernde Abänderung des Kommunalabgabengesetzes gerichtet. Die Regierung kann darauf nicht eingehen, weil noch nicht feststeht, in welchem Maße das Reich auf die Einkommensteuer zurückgreifen wird. Bei der Beratung der bezüglichen Anträge aus der Mitte der Landesversammlung im Gemeindeausschuß hat man sich überzeugt, daß

eine allgemeine Aenderung des Kommunalabgabengesetzes zurzeit untunlich

ist. Die Regierung hat sich trotzdem zur Vorlage eines Notgesetzes für 1919 verstanden, weil gerade in den letzten Monaten die Notlage der niederen Klassen sich fortgesetzt verschärft und die Hoffnung auf eine baldige Wiederkehr günstigerer wirtschaftlicher Verhältnisse sich stark vermindert hat. Nach unserer Vorlage sollen

die Einkommen unter 3000 M. durch Gemeindebeschluß entlastet

und der Fehlbetrag durch eine entsprechende Belastung der Einkommen über 5000 M. wiedergewonnen werden können. Darum ist eine **Staffelung** vorgesehen, um den Sprung von den Entlasteten zu den vollbelasteten Einkommen nicht allzu groß zu machen. Jeder muß zu den Lasten des Staates und der Gemeinde beitragen, aber nur

in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit;

das gilt für oben und für unten. Nach dem Maßstabe von 1916 würde im ganzen die Möglichkeit eines Nachlasses von 73 Millionen gegeben sein, für den von den physischen Personen 170, von den juristischen 36 Millionen Mehraufkommen zum Ausgleich zu erheben sein würden.

Auf Antrag des Abg. **Haas** (Soz.) geht die Vorlage ohne weitere Erörterung an den Gemeindeausschuß.

In erster und zweiter Lesung wird ein Antrag des Aeltestenrats angenommen, das Gesetz über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens dahin abzuändern, daß die Staatsschuldenkommission aus 10 Abgeordneten der Landesversammlung und dem Präsidenten der Oberrechnungskammer besteht.

Die Ergänzung zum Nachtragsetat für das **Wohlfahrtsministerium**, die die Kosten für das laufende Vierteljahr fordert, wird in erster und zweiter Lesung ebenfalls angenommen. Ein Gesetz über Sonderrechte der Provinz **Schleswig-Holstein** geht an die Gemeindekommission.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über Landeskulturbehörden. Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, wonach bei der notwendig werdenden beschleunigten Vermehrung der Kulturbehörden alsbald Vorsorge für eine zweckgemäße Ausbildung genügender Beamtenkräfte zu treffen ist. Auch eine Stellenvermehrung soll in die Wege geleitet werden.

Abg. von Kries (Dnat. Vp.): Der Ruf: Mehr Menschen aufs Land! erschallt von allen Volkswirten. Wir begrüßen das Gesetz mit Freuden. Eine ersprießliche innere Kolonisation ist überhaupt nur möglich, wenn die furchtbaren Friedensbedingungen gemildert werden.

Abg. Paetzel (Soz.): Der Landhunger der Kleinbauern und Arbeiter muß unter allen Umständen gestillt werden; nicht eine handbreit brauchbaren Landes darf ungenutzt bleiben. In erster Linie müssen die Güter der Herren Kriegsgewinnler zur inneren Kolonisation verwertet werden. Die Landarbeiter sollen fortan ein Recht auf das nötige Pachtland haben und nicht mehr dem guten Willen der Arbeitgeber ausgeliefert bleiben.

Raum für alle Siedlungslustigen muß in Deutschland gefunden werden,

um der zu erwarteten Auswanderungsgeneigtheit entgegenzuwirken. Das Landeskulturamt soll nicht zu einem Tummelplatz für Gesinnungstüchtige werden, sondern wirklichen Könnern Gelegenheit zur Verwertung ihrer Kenntnisse bieten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Abg. **Stendel** (D. Vp.) begrüßt das Gesetz und warnt vor angeblichen Siedlungsgesellschaften, die mit dem anvertrauten Boden nur handeln. Der Redner wünscht schleunige Vorlegung eines Gesetzes über die Einrichtung der Siedelungsgesellschaften.

Abg. **Bollert** (Dem.) stimmt im Namen seiner Freunde dem Gesetze zu und befürwortet die Annahme einiger Zentrumsanträge formaler Natur.

Landwirtschaftsminister Braun stellt befriedigt fest, daß die Notwendigkeit des Gesetzes nicht bestritten wird. Die von verschiedenen Rednern gewünschte gleichzeitige Vorlage aller einschlägigen Gesetze, die das Siedelungswesen betreffen, war angesichts der gewaltigen Aufgabe nicht möglich. Der Minister wendet sich gegen vorliegende deutschnationale Abänderungsvorschläge, weil in ihnen ein Rest der alten Richterprivilegien gerettet werden sollte. In Rücksicht auf die Arbeitsfreudigkeit werde die Regierung allen berechtigten Wünschen der in Frage kommenden Beamten immer zu entsprechen suchen.

Abg. **Hirtsiefer** (Zentr.) begrüßt das Gesetz ebenfalls und begründet kurz die vorliegenden redaktionellen Abänderungsvorschläge des Zentrums.

Abg. **Mehrhof** (U. Soz.) erklärt die bisherigen Versuche der Lösung der Bodenfrage für kleinbürgerlich.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Zentrumsanträge, Ablehnung der deutschnationalen Anträge. Danach wird das Gesetz in dritter Lesung en bloc angenommen.

Es folgt die Beratung der förmlichen Anfrage des Abg. **Thaer** (D. Vp.), die von den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Demokraten unterstützt wird, über die Maßnahmen, die die Staatsregierung treffen will, um die in die Freiwilligenverbände eintretenden Studenten gegen die aus der erneuten Unterbrechung des Studiums folgenden Nachteile zu schützen.

Abg. **Thaer** (D. Vp.): Die Studenten verlieren nicht nur die Anzahl der Semester, die sie von der Universität fernbleiben, sondern auch die Zeit, die für die Nachholung des Versäumten notwendig ist, und werden vor allem der wissenschaftlichen Methode entwöhnt.

Einigermaßen günstig ist das Verhältnis nur bei den Theologen.

Die Regierung wird sich doch wohl der großen Verantwortung bewußt sein, die auch ihr auf diesem Gebiete für die Gestaltung der Lage der Akademiker zufällt, die in die Freiwilligenverbände eingetreten sind.

Ein **Regierungsvertreter** gibt im Auftrage des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Erklärung ab: Um die Studierenden gegen die erwähnten Nachteile zu schützen, wird ein zweites Zwischensemester eingeführt werden, und im Anschluß an dieses wird das normale Wintersemester vom 5. Januar bis zum 31. März dauern. Zu diesem Zwischensemester werden die Angehörigen der Freiwilligenverbände zugelassen werden. Nur bei den Medizinern ist die Verwaltung mit der Zulassung zu den Notprüfungen nicht einverstanden, weil in so kurzer Zeit eine ausreichende Vorbereitung nicht möglich ist, wie die Erfahrung von 1914 dargetan hat.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Hierauf begründet Abg. **Reincke** (Zentr.) die förmliche Anfrage seiner Partei betreffend die Notlage der Akademiker, die am Kriege teilgenommen haben. Infolge der gewaltigen Teuerung für alle Lebensbedürfnisse sind weite Kreise akademischer Berufsstände in finanzielle Schwierigkeiten gekommen trotz der Teuerungszulagen, die einen genügenden Ausgleich nicht bilden konnten. Besonders bedenklich ist die Lage der Gerichtsassessoren und Gerichtsreferendare, Studienassessoren und Studienreferendare, Regierungsbaumeister und Bauführer. Die Zahl der Rechtswissenschaft Studierenden hat ganz gewaltig zugenommen. Sind so die Zahlen der Anwärter in den verschiedenen akademischen Berufen gewaltig gestiegen, so hat sich andererseits

die Anstellungsmöglichkeit immer mehr verschlechtert.

Ein Abfluten in Handel und Industrie ist nicht mehr in dem Umfange vorhanden wie früher.

Auch der Beruf der Rechtsanwälte ist überfüllt,

so daß sich hier den jungen Juristen auch wenig Aussicht bietet. Um dem entgegenzutreten, muß vor allem dafür gesorgt werden, daß niemand unentgeltlich arbeiten muß. Jungen Akademikern müssen zur Behebung finanzieller Schwierigkeiten aus den Kriegshilfsdarlehnskassen Darlehen zu geeigneten Bedingungen überlassen werden.

Ueberall werden Kriegsbeschädigte bei der Anstellung möglichst zu bevorzugen sein.

Endlich muß die Regierung Sorge tragen, daß die Unterrichtsbehörden überall aufklärend über die schlechten Aussichten des akademischen Berufs wirken. Es müssen auf Elternabenden Vorträge gehalten werden, damit die Eltern bei der Berufswahl Unterstützung finden. Heute bietet sich auch für einen Nichtakademiker Gelegenheit zum Aufstieg. Auch dieser Gesichtspunkt wird dazu beitragen, vom akademischen Studium zurückzuhalten. (Beifall.)

Geheimrat Reinhardt: Eine Vermehrung der Anstellungsmöglichkeiten kann leider nicht in Aussicht gestellt werden, dagegen sind jetzt in kommissarischen Stellungen sämtliche Studienassessoren gegen Entgelt beschäftigt. Ueber die Zahlung einer Besoldung an die Anwärter, die im Kriegsdienste gestanden haben, kann die Unterrichtsverwaltung nicht einseitig eine Erklärung abgeben. Durch Erlaß vom 28. März 1918 ist angeordnet worden, daß dem

übermäßigen Andrängen zum Hochschulbesuch möglichst entgegengewirkt

werden solle; auch durch Elternabende und Elternbesprechungen sowie durch Veröffentlichungen in der Presse wird dem übermäßigen Andrang zum Studium entgegengetreten.

Abg. Dr. **Berndt** (Dem.): Die Notlage der geistigen Arbeiter ist durchweg zurzeit sehr groß und bedarf dringend der Abhilfe. Insbesondere groß ist die Notlage bei den Juristen, die bei Kriegsende eine Wartezeit von acht Jahren vor sich sahen, die sich inzwischen weiter derart verschlechtert hat, daß jetzt an die 15 Jahre vergehen können, ehe der Anwärter in eine feste Staatsanstellung gelangt.

Abg. **Lukaszewitz** (Dnatl. Vp.) bedauert die Ueberfüllung der akademischen Berufe und fordert eine weitere Ausgestaltung der Berufsberatung.

Abg. Dr. **Weyl** (U. Soz.): Nach diesen Darlegungen sieht es ja fast so aus, als ob nur die akademischen Berufe notleiden. Man sollte doch die anderen Bevölkerungsschichten nicht vergessen.

Abg. **Meyer**-Herford (D. Vp.) fordert eine Statistik über die Lage des akademischen Arbeitsmarktes.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Mittwoch, 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Steuergesetz, Antrag Friedberg (Dem.), wonach die Veräußerung von Grundstücken in den bedrohten Gebieten einer Genehmigung unterworfen sein soll.

Schluß 5½ Uhr.

Groß-Berlin

Ist es Rosa Luxemburgs Leiche?

Erkennung kaum noch möglich. — Ihre Freunde bleiben fern. — Keine Schädelverletzung.

Die Obduktion der angeblichen Leiche Rosa Luxemburgs in Zossen verzögerte sich um mehrere Stunden, da die Kommission der Garde-Kavallerie-Schützen-Division mit starker Verspätung dort eingetroffen war. Die Feststellung der Identität gestaltete sich schwierig, da weder Familie Liebknecht, noch Vollzugsratmitglied Wegmann, der die Verstorbene persönlich kannte, erschienen waren.

Mit Hilfe der Photographien war eine Aehnlichkeit festzustellen, doch läßt sich mit absoluter Sicherheit nicht sagen, daß man es mit der Leiche Rosa Luxemburgs zu tun hat, bis nicht Personen, welche der Verstorbenen nahe gestanden haben, die Identität bekundet

Die diesjährige Sommerreise.

Von Gerhardt Lehn.

Pfingsten, das liebliche Fest naht. Wessen Mittel und Zeit es nur irgendwie ermöglichen, schüttelt den Staub der Großstadt für ein paar Tage oder Wochen von seinen Füßen, um sich in der Natur zu erholen. Wer draußen Verwandte oder gute Bekannte hat, dem macht die Wahl des Reiseziels wenig Sorgen. Wer aber niemanden draußen auf dem Lande hat und nun auf Empfehlung eines guten Freundes irgendwohin fährt, dem macht das Aussuchen eines Reiseziels viel Kopfzerbrechen. Meistens kennt der Reiselustige landschaftlich nicht einmal die ihm empfohlene Gegend. Wird sie seinen gehegten Erwartungen entsprechen? Er sei daran erinnert, daß es sich allenthalben nur bei etwas Dreinfügen in die vorhandenen Zustände leben läßt. Man muß sich erst eben in die neue Gegend einleben. Mehr noch als die Wahl der Gegend machen dem Reiselustigen gegenwärtig die beiden Kardinalfragen Kopfschmerzen: „Wie sind die Eisenbahnverbindungen und ist an Ort und Stelle ausreichende Beköstigung vorhanden?" Um vielen Reiselustigen diese Sorge etwas abzunehmen, will ich unverbindlich einen kurzen Ueberblick der mir bekannt gewordenen einschlägigen Verhältnisse in den bekanntesten und am meisten besuchten deutschen Reisegebieten zu geben versuchen.

Hören Reiselustige den Klang: „Süddeutschland", so leuchten ihre Augen. Es ist nach ihrer Auffassung das Land, wo Milch und Honig fließt! Mit Recht kann man sagen, daß diese Anschauung auf viele Orte zutrifft. Die Preise und die Qualität der angebotenen Lebensmittel bewegen sich durchgängig auf einem wesentlich anderen Niveau, als der darbende Großstädter daheim dies gewöhnt ist. Die gegenseitige Preisüberbietung in der Großstadt ist die Ursache, daß so gewaltige Preisunterschiede bestehen. Das Publikum ist ja selbst daran schuld, daß überhaupt erst eine solche Lage entstanden ist, da es jeden geforderten Preis bezahlt. Der diese günstige Konjunktur ausnützende süddeutsche Bauer fordert jetzt auch höhere Preise für seine Erzeugnisse vom Verbraucher als früher. Allerdings ist er trotzdem bei weitem noch nicht so teuer wie sein norddeutscher Kollege.

Was nun den Fremdenverkehr in Bayern anbelangt, so können nur mit amtsärztlichem Attest Heilbäder besucht werden. Die Zahl der Kurgäste darf 40—50 Prozent der vorhandenen Betten nicht übersteigen. Fleisch-, Brotgetreide- und Mehlsonderzuweisungen sind so gut wie ausgeschlossen. Auch die ausreichende Versorgung mit Kartoffeln ist in Frage gestellt. Fleischsonderzuweisungen sind vorläufig nur beabsichtigt in den Heilbädern Wiessee, Wörishofen, Steben, Brückenau, Tölz, Reichenhall und Kissingen. Die wichtigsten Fremdenverkehrsbezirke in den Bayrischen Alpen und im schwäbisch-oberbayrischen Alpenvorland sind bis auf weiteres überhaupt für den Fremdenverkehr gesperrt. Nur Personen mit dem Besitz eines amtsärztlichen Attestes dürfen sich aufhalten. Nicht einmal Selbstversorger dürfen Fremde aufnehmen. Das amtsärztliche Zeugnis soll nur einen Aufenthalt von acht Tagen gestatten. — In Württemberg ist die endgültige dortige Regelung des Fremdenverkehrs für den Sommer noch nicht erfolgt, auch in Baden nicht. Hier ist bis auf weiteres der Fremdenverkehr zu Erholungs- und ähnlichen Zwecken außer für wirklich Kranke und Erholungsbedürftige im engsten Sinn ausgeschaltet. Ein Kuraufenthalt, soweit es sich nicht um den unentgeltlichen Aufenthalt bei gewissen nahen Verwandten handelt, ist nur mit der in jedem einzelnen Falle zu erteilenden schriftlichen Genehmigung des Vorstandes vom Kommunalverband oder vom Oberamt gestattet. Diese Genehmigung wird fast nur an solche Personen erteilt, deren Aufenthalt nach amtsärztlichem Zeugnis durch eine gesundheitliche Notwendigkeit begründet ist, ferner bestimmten Personenklassen, wie Militärpersonen, die nachweislich zu Kur- und Erholungszwecken zugereist sind, sowie Personen, die nachweislich von Organen der reichsrechtlichen Versicherungen, von Behörden und auf Kosten von Krankenkassen zu Kur- und Erholungszwecken untergebracht sind.

Harzbesucher wird die jüngst erlassene Verfügung des Volkskommissariats für Ernährung in Braunschweig interessieren, daß im Kreise Blankenburg und im Amtsgerichtsbezirk Harzburg Sommerfrischlern und Kurgästen sowie anderen Personen, die in einem weniger als 6000 Einwohner umfassenden Orte vorübergehenden Aufenthalt genommen haben, der fernere Aufenthalt untersagt werden kann, wenn sie durch Uebertretung der für den Nahrungsmittelverkehr getroffenen Anordnungen die Allgemeinheit gefährden. Ueber Thüringen, Teutoburger Wald, Hannover und Oldenburg hört man hinsichtlich der Ernährungsverhältnisse allgemein Günstiges. Für den Verkehr nach den Nordseebädern sollen während der Badezeit durchgehende Züge von Berlin nach der Nordseeküste mit Anschluß von Dresden, Leipzig, Magdeburg sowie von Erfurt über Kassel eingerichtet werden. In der Ernährungsfrage soll für die Kurgäste genügend vorgesorgt worden sein, was um so nötiger war, da gerade die Nordseebäder infolge ihrer Lage am Rande des ehemaligen Kriegsgebietes in schlimmste Notlage geraten sind und zu ihrer Wiederherstellung weitestgehender staatlicher Unterstützung bedürfen. Die mecklenburgischen Ostseebäder sind ebenso wie die an der Küste Pommerns und auf Rügen in diesem Jahre für den Fremdenverkehr nicht gesperrt. Die Lebensmittelversorgung wird allenthalben als ausreichend bezeichnet. Zimmer mit voller Pension überwiegend 15 bis 20 M. Ein Erholungsaufenthalt bis zu vier Wochen soll aber in den mecklenburgischen Ostseebädern bis Widerruf vorläufig nur solchen Personen offenstehen, die durch amtsärztliches Zeugnis die gesundheitliche Kurnotwendigkeit begründen. Die mit Amtssiegel versehene amtsärztliche Bescheinigung ist beim Landesgesundheitsamt in Schwerin in Mecklenburg einzureichen. Die Anordnungen des Generalkommandos über Ausweise für die Ostseebäder sind ungültig geworden. Für Inlandsreisen werden im allgemeinen als ausreichende Ausweispapiere angesehen: Steuerquittungen, Standesamtspapiere sowie polizeiliche An- und Abmeldungen. Die Personen-Dampfschiffahrt auf dem Rhein kann in diesem Sommer in der sonst üblichen Weise nicht durchgeführt werden. Die schlesischen Bäder sowie die Fremdenverkehrszentren im Riesengebirge sind uneingeschränkt für jedermann zum Kurgebrauch und zur Erholung geöffnet. Das Ueberschreiten der Reichsgrenze nach Böhmen hinein ist aber ebenso wie im Isergebirge, Lausitzer Gebirge, Elbsandsteingebirge und im Sächsischen Erzgebirge strengstens untersagt. Die Ernährungsverhältnisse werden in diesen Gebieten als ausreichend bezeichnet.

Wer heutzutage eine Reise tut, versorge sich genügend mit Geld, denn Reisen kostet jetzt unheimlich viel Geld. Und er sehe sich vor, wie dieses Geld aussieht. Manchem Reisenden ist es schon passiert, daß ihm draußen im Lande die Abnahme manchen Papiergeldes verweigert wurde. Die Zeiten sind eben vorbei, da man noch mit Vorbing singen konnte: „Ach wie köstlich, ach wie köstlich ist das Reisen!"

Notizen.

— Sommerbühnen. Im Komödienhaus wird Donnerstag „Liselott von der Pfalz" von Rudolf Presber und Leo Walther Stein erstmals aufgeführt. Ludwig Hartau und Lucie Höflich wirken mit. — Im Rose-Theater wird auf der Gartenbühne von Pfingsten ab die neue Ausstattungsrevue „Das sieht sich jeder an", Text von Alfred Berg und Fritz Waldau, Musik von Hermann Krome, aufgeführt.

— Tanzpantomimen wurden gestern im Künstlertheater in einer Presse-Aufführung geboten. Märchenspiele voll Traumglanz und lichtseidener Farbigkeit, das eine mit Königskindern, die durch einen zauberischen Edelstein und süßes Flötenspiel zueinander kommen, das andere mit verliebten Teufeln, die ein Fauncheu mit Verwandlungen in ein schönes Mädchen neckisch narrt. Die Spiele, ersonnen von Erwin van Ofen, vertont von Hugo Moesgen, sind der Art noch nicht neu. Sie stammen aus dem Kreise der Luxusmärchen, wollen sauber unterhalten und gleiten wie ein zarter, fröhlicher Hauch vorüber. Inmitten spriebt in junger Kunst die graziöse Feinheit Charlotte Kleins. Der Dichter führte den Reigen der Teufelchen als Oberteufel.

— Im Bericht über die Ausstellung feldgrauer Künstler haben sich einige Druckfehler eingeschlichen. In dem Absatz über die expressionistischen Bilder darf es nicht heißen, daß sie auf Farben- und Formmode, sondern auf Farben- und Formakkorde aufgebaut sind.

haben. Die Leiche befindet sich schon im vorgeschrittenen Stadium der Verwesung, doch ist der Körper durch den ständigen Aufenthalt unter Wasser immerhin noch besser erhalten, als dies sonst der Fall zu sein pflegt. Da der Körper sich an der Schleuse verfangen hatte, weist er fast keine der sonst üblichen Verletzungen durch Bootshaken, Stangen usw. auf. Der Rücken zeigte eine leichte Verkrümmung der Wirbelsäule. Einzelne Gesichtszüge ließen sich nicht mehr erkennen.

Die Sektion ergab den überraschenden Befund, daß die **Schädeldecke der Leiche vollkommen unverletzt** war. Weder die Knochenwölbungen, noch die Nähte weisen auch nur die geringste Verletzung auf, welche darauf deuten läßt, daß der Schädel von **Kolbenschlägen** getroffen worden ist, wie dies doch zweifelsohne bei Frau Luxemburg der Fall gewesen ist. Dagegen zeigte die Tote eine Wunde an der linken Stirn. Es wurde deshalb die Schädeldecke geöffnet. Es war aber nicht mehr festzustellen, ob eine Kugel in das Gehirn eingedrungen war. Sonst konnte keine Verletzung an der Leiche festgestellt werden.

Geheimrat Straßmann erklärte, daß die Verwesung des Körpers schon zu weit fortgeschritten sei, als daß noch sichere Feststellungen gemacht werden könnten. Auch die Feststellung der Identität mit Frau Luxemburg würde sich selbst durch Angehörige der Verstorbenen kaum noch ermöglichen lassen. Aus diesem Grunde erklärte auch Kriegsgerichtsrat Ehrhard, daß man **keineswegs als** sicher annehmen könne, daß es sich in diesem Fall um Frau Luxemburg handle. Es müßten vielmehr noch eine Reihe von Zeugen vernommen werden, welche Frau Luxemburg zuletzt gesehen haben, die namentlich Bekundungen darüber machen können, welche Kleider die Tote am 15. Januar getragen hat. Aus den Ueberresten der Kleidung, die noch an der Leiche haften, wird sich allerdings nur schwerlich noch etwas sicheres feststellen lassen. Auf jeden Fall müssen die Ermittelungen weitergeführt werden. Am heutigen Mittwoch sollen eine Anzahl von Freunden Frau Luxemburgs nach Moabit geladen werden, um die Tote zu rekognoszieren. Für die Annahme, daß es sich um Frau Luxemburg handelt, spricht noch dem Befund der Aerzte, die geringe Größe der Leiche und das von Geheimrat Virchow und Geheimrat Straßmann geschätzte Alter, das mit dem der Frau Luxemburg übereinstimmen dürfte. Auch sei als sicher anzunehmen, daß die obduzierte Leiche mindestens drei bis vier Monate im Wasser gelegen hat.

Die Telegr.-Union berichtet folgende Einzelheiten:

Mehrere hinzugezogene Mehrheitssozialisten und Unabhängige, die Frau Luxemburg bei Lebzeiten kannten, vermochten in der Leiche Frau Luxemburg nicht wiederzuerkennen. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß es sich nicht um die Leiche der Frau Luxemburg handelt. An der Leiche befand sich ein Medaillon und man glaubt, auf Grund desselben feststellen zu können, daß es nicht die Leiche der Frau Luxemburg ist.

Gegen die Verschleppung der Siedlungspolitik protestierte eine von mehr als 7000 Teilnehmern besuchte Versammlung unter dem Vorsitz von Prof. Albrecht. Nach einem kurzen Ueberblick über die Ursachen der Schwierigkeiten im Baugewerbe forderte Dipl.-Ing. Lepser Erweiterung der Befugnisse des Staatskommissars für das Wohnungswesen und die Einführung einer Luxusmietsteuer. In längeren Ausführungen schilderte Gen.-Sek. Otto die Zerrissenheit Groß-Berlins, deren Beseitigung erhofft wird. Er fordert größere Mittel für die Abbürdung der Ueberteuerung ausschließlich für den Flachbau, schärfere Erfassung der Baustoffe und begünstigte Verteilung. Nach Ansprachen von B. Roak, Dziezk vom Mieterbund und Arch. Paulsen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, der wir die Hauptpunkte entnehmen: Uebertragung der Befugnisse des Finanz- und des Landwirtschaftsministers auf den Staatskommissar für das Wohnungswesen. Ausschluß der Terrainspekulation. Keine Mittel mehr für Mietskasernen und Zurückziehung der Zuschüsse, die bereits für den Hochbau bewilligt worden sind. Konzentration der staatlichen Mittel auf lebensfähige Kleinhauskolonien. Hergabe der versprochenen 500 Hektar fiskalischen Geländes, die Westseite des Tempelhofer Feldes dem Flachbau, Klärung der Frage der Bereitstellung von Baukostenüberteuerungszuschüssen für 1920 bis zum 1. Oktober d. Js.

Arbeiterräte Groß-Berlins, kommunale A.- u. S.-Räte der S. P. D.

Morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr: Sitzung im Plenarsaal des Herrenhauses. Tagesordnung: Unsere Stellung zum Regierungsentwurf über die gesetzliche Regelung der Betriebsräte. Referent: Cohen.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen. Legitimation mitbringen. Der Fraktionsvorstand. Paul Hause.

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.

Berlin W. 9, Bellevuestr. 7.

Sonntag, 8. Juni 1919 (1. Pfingstfeiertag), morgens 6 Uhr,

Großes Frühkonzert

im Spreezelt (Kistenmacher) am Tiergarten, Hinter den Zelten, Portal 3, unter persönlicher Mitwirkung des Konzertmeisters Maximilian Fischer und des Meineckeschen Sängerchors. Reichhaltiges Programm. Eintritt 50 Pf. Eintrittskarten im Bureau, Bellevuestraße 7, in den Zeitungsspeditionen und bei unseren Abteilungsführern.

Gegen militärische Uebergriffe protestierte die Arbeiterschaft der Firma Erich F. Huth, Wilhelmstraße. Nach der bereits veröffentlichten Entschließung des Bezirksvorstandes glauben wir, vom Abdruck absehen zu können. Die Resolution fordert Noske auf, wenn er nicht abhelfen könne, seinen Namen nicht länger herzugeben.

Die Kanzleiangestellten der Groß-Berliner Gerichte versammelten sich am gestrigen Nachmittag in Haverlands Festsälen. Koser referierte über die trostlose wirtschaftliche Lage des Kanzleipersonals und stellte fest, daß noch heute **Monatsgehälter von 115 und 145 M.** an Beamte mit zehn und mehrjähriger Dienstzeit gezahlt werden. Vor dem Kriege seien sogar Monatsgehälter von 65 M. üblich gewesen. Nur durch dauernde Nachtarbeit sei es den Kanzleibeamten möglich gewesen, das nackte Leben in elendester Weise zu fristen. Die feste Anstellung der Zivilanwärter nach zweiundzwanzigjähriger Dienstzeit (einschließlich der Militärdienstzeit) sei zwar von der Regierung beschlossen und von der preußischen Landesversammlung genehmigt worden, werde aber, obgleich diese Maßnahme zum 1. April bestimmt versprochen wurde, noch immer verzögert. Die Widerstände lagen zum Teil beim Kriegsministerium, das in der Militäranwärterfrage das entscheidende Wort zu sprechen habe, besonders aber beim Kammergericht, das in seiner Gesamtheit erzreaktionär und zopfig sei. Die Anstellung müsse nunmehr unbedingt sofort verlangt werden.

Der Verbandsvorsitzende (der Zivilanwärter) Schiele berichtete, vom Kriegsministerium kommend, daß der Kriegsminister soeben das in Frage kommende Gesetz unterschrieben und an das Justizministerium weitergegeben habe.

Nach einer lebhaften Aussprache nahm die Versammlung mehrere Entschließungen an. Es wird scharfer Protest gegen die Verschleppung der Anstellung erhoben und die Anstellung aller in Frage kommenden Kanzleiangestellten noch vor dem Pfingstfeste gefordert. Man verlangt, daß mit dem Bureaukratismus in den Ministerien und Oberlandesgerichten sofort gebrochen werde und daß Beamte, die das Vertrauen der Provinzialgerichte nicht haben, entfernt und durch vom Beamtenkörper durch Wahl für würdig erachtete Beamte ersetzt werden. Endlich wird eine Entschädigungssumme von 1000 M. verlangt.

Die Schießerei auf der Heerstraße. Unsere Gewährsmänner vom Sonntagabend, denen sich auch weitere Zeugen hinzugesellt haben, halten gegenüber der Darstellung des Gouvernements, das doch nicht dabei gewesen ist, ihre Angaben vollkommen aufrecht. An jener Stelle sei vorher gar nichts passiert. Das Auto mit den Soldaten, worunter auch 2—3 ganz junge, kam plötzlich an und schon habe die Schießerei begonnen. Klarheit kann nur durch eine genaue Untersuchung, die auch die **Zivilzeugen** hört, gewonnen werden. Sie muß sofort eingeleitet werden.

Fünf Arbeitslosen-Versammlungen am Dienstagnachmittag forderten, daß innerhalb acht Tagen ihre Forderungen erledigt sein müßten. Ein weiterer Antrag, dahingehend, daß in den Betrieben alle Arbeiter zwischen 24 und 44 Jahren, die nicht mindestens sechs Monate eingezogen waren, ihre Stellungen den arbeitslosen Kriegsteilnehmern räumen sollten, wurde abgelehnt.

Grober Schwindel. In Lebensmittel- und Kolonialwarenläden werden zurzeit Formulare verteilt, die durch einen Vermerk auf der linken Kopfseite vortäuschen, daß sie von der Prüfungsstelle III Berlin ausgehen. Es wird darin aufgefordert, gegen Zahlung von 5 M. oder 300 M. — die Ausfertigung ist absichtlich so undeutlich, daß man je nach Einschätzung der geistigen Befähigung des zu schröpfenden Ladeninhabers beides herauslesen kann — eine Kontrollkarte zu liefern, die „die Berechtigung zum laufenden Bezug und Verkauf der zur Verteilung gelangenden ausländischen Nahrungs- und Genußmittel" sichert. Natürlich zieht der Verfertiger des Formulars alsbald die Gebühr ein, zumal auf der Rückseite gleich der Antrag gestellt und unterschrieben werden kann; eine Anschrift ist vorsorglicherweise überhaupt nicht angegeben, ebensowenig die Unterschrift eines Beamten oder einer Behörde. Das Ganze ist ein grober Schwindel, vor dem die Ladeninhaber in Groß-Berlin nicht dringend genug gewarnt werden können. Das Landespolizeiamt ist bemüht, den Betrügern auf die Spur zu kommen und wäre für entsprechende Mitteilungen dankbar.

Der Raubmord in der Lothringer Straße weiter aufgeklärt. Am 22. Mai d. J. wurde der Speiseeishändler Sacco in der Lothringer Str. 78 ermordet und um mehr als 17 000 M. beraubt. Schon am nächsten Morgen wurde in Deutsch-Wusterhausen der Melker Max Stuck als Mörder und Räuber festgenommen. Die weiteren Ermittelungen führten zur Festnahme eines 17 Jahre alten Willi Such aus der Beusselstraße, eines jener Burschen, die sich arbeitslos am Stettiner Bahnhof herumzutreiben pflegen. Such, der den Spitznamen Willi oder auch Moabiter Willi führte, ist geständig, den Melker Stuck und seine noch nicht ergriffene Mittäter auf Sacco aufmerksam gemacht zu haben. Der Mittäter, der sich hier Erich Rudolf nannte, und mit Stuck den Raubmord verübte, ist ein 21 Jahre alter aus Erbenheim bei Wiesbaden gebürtiger Unteroffizier Rudolf Bernhard, der bis vor kurzem bei der Freiwilligen Sanitätskompagnie der 5. Inf.-Div. in Dürletter, Kreis Meseritz, diente, dann nach Berlin kam und seit dem Raubmord verschwunden ist. Er hat sich während seiner Dienstzeit wiederholt in einer Familie Rudolph zu Lagnitz, Kreis Meseritz, aufgehalten und zuletzt einem Mitglied dieser Familie mit dem Vornamen Erich verschiedene Ausweispapiere gestohlen. Der Flüchtige hat von der Beute 12 000 M. abbekommen und im Besitz so großer Mittel ohne Zweifel seine feldgraue Infanterieuniform, zu der er eine Extramütze und Wickelgamaschen trug, mit einem guten Zivilanzug vertauscht. Er ist etwa 1,88 Meter groß und schlank, hat einen im Vergleich zu seinen langen Beinen etwas kurzen Oberkörper, dunkles volles hochgekämmtes Haar, große abstehende Ohren, glattrasiertes Gesicht oder höchstens kleinen Schnurrbart-Anflug, schwach ausgeprägte X-Beine und an der rechten Hand zwei fehlerhafte Fingernägel, geht etwas schlotterich und spricht Frankfurter Mundart. Alle Mitteilungen an Kriminalkommissare Dr. Grünberg und Bünger im Zimmer 55a des Polizeipräsidiums.

Gegen die Militärjustiz und insbesondere ihr Vorgehen in München, das auch von unserem Münchener Bruderblatt scharf gegeißelt wird, wendet sich die Entschließung einer am Montag vom Bund „Neues Vaterland" veranstalteten Versammlung. Sie protestierte mit aller Entschiedenheit dagegen, daß solche Zustände auch nur einen Tag länger aufrecht erhalten bleiben und verlangt von der Regierung, daß das Standrecht und der Belagerungszustand mit den außerordentlichen Kriegsgerichten sofort überall beseitigt wird, und daß kein Deutscher mehr seinem ordentlichen Richter entzogen wird, ferner, daß das Verfahren gegen alle diejenigen, die von diesen außerordentlichen Kriegsgerichten verurteilt sind, vor einem außerordentlichen Gericht wieder aufgenommen wird.

Dem Fonds zur Unterstützung politischer Gefangener wurden als Reinertrag 230 M. überwiesen.

Der Streik der Berliner Ostbahnangestellten ist beigelegt. Die Lohnkürzung ist abgewehrt. Die Arbeit wird Mittwoch früh wieder aufgenommen.

Arbeiterräte der Kriegsorganisationen. Donnerstag, vormittags 9 Uhr, Sitzung im Herrenhause, Saal 20.

Arbeiterräte der Elektro-Industrie Groß-Berlin. Freitag, vormittags 10 Uhr, in der Kettelbeckdiele (am Kettelbeckplatz), Berlin, Gerichtstr. 31, Sitzung aller Arbeiterräte der Elektro-Branche zwecks Stellungnahme zur Reichskonferenz.

Arbeitertouristenverein „Naturfreunde". Nachdem die unabhängig-kommunistische Mehrheit unserer Ortsgruppe durch ihre Unduldsamkeit den auf dem Boden der politischen Neutralität stehenden Wandergenossen das ferneres Verbleiben in der Ortsgruppe unmöglich gemacht hat, gilt es nun, unsere Wanderorganisation neu zu konstituieren. Dies soll nun geschehen, nachdem auch der Zentralausschuß in Wien sich zur Sache geäußert hat. Wir laden daher alle Gesinnungsgenossen zu einer Versammlung **am kommenden Donnerstag**, abends 7 Uhr, nach dem „Kuhhaus", Oranienstr. 2, ein. Auch Gäste, die auf dem gleichen Boden stehen, sind willkommen.

Minister Wissel wird am Donnerstag, den 5. Juni, nachmittags 6 Uhr im Oberlichtsaal der Philharmonie über die wirtschaftsorganisatorischen Pläne des Reichswirtschaftsministeriums sprechen.

Neukölln. Die Stadtverordnetenversammlung prüfte den Haushaltsplan für 1919. Er schließt ab mit 107¾ Millionen Mark (51 Millionen im Vorjahr). Die gewaltige Steigerung um 56¾ Millionen erklärt sich, wie Bürgermeister Dr. Mann hervorhob, zum größten Teil daraus, daß viele Aufgaben, die in der Kriegszeit zurückgestellt wurden, jetzt ausgeführt werden müssen. Löhne und Gehälter sowie Materialien erfordern bedeutende Mehrausgaben und viele bisher auf Kriegskreditmittel übernommene Ausgaben sind jetzt in den Haushaltsplan eingestellt worden. Zur Deckung fordert der Magistrat Erhöhung des Gemeindezuschlags von 180 auf 260 Proz., der Grundsteuer für bebaute Grundstücke von 3 Proz. auf 3½ Proz., für unbebaute von 6 Proz. auf 7 Proz. des gemeinen Wertes, der Hundesteuer von 30 M. auf 50 M. Erhöht sind auch Kanalisationsgebühr, Kurkostensatz, Bäderpreis, Müllabfuhrgebühr, Gas- und Elektrizitätspreis. Der Bürgermeister betonte, daß die Lasten der sozialen Fürsorge nicht von Neukölln allein getragen werden können, sondern durch Zusammenschluß der Gemeinden Groß-Berlins auf breitere Schultern zu legen sind. In der Generaldebatte führte für die sozialdemokratische Fraktion der Stadtv.-Vorsteher Scholz aus, daß in der Tat nur bei der Verschmelzung Groß-Berlins eine Kulturpolitik der Gemeinden möglich ist. Verschiedene dringende Forderungen habe man noch zurückstellen müssen, weil die Steuerzahler nicht zu sehr belastet werden durften. Auch Löhne und Gehälter seien noch keineswegs auf der Höhe, die bei der allgemeinen Teuerung gerechtfertigt wäre. Redner erklärte die Erhöhung des Kurkostensatzes auf 7 M. für zu weitgehend, die Fraktion werde nicht über 6 M. hinausgehen. Nötig sei auf den Rieselgütern eine rationelle Wirtschaft. Im Schulwesen müsse die Herabsetzung der Klassenfrequenz weiter betrieben werden. Wegen Beihilfe zu den Kosten habe die Schuldeputation beim Kultusministerium angefragt, sie sei aber von dort an das — Finanzministerium verwiesen worden. Die Fraktion werde dem Haushaltsplan zustimmen, nachdem der Ausschuß manches davon verbessert habe. Für die Unabhängigen erklärte Künstler diesen Haushaltsplan für unannehmbar. Die wachsenden Ausgaben der Stadt würden sich auf die Dauer nicht durch Steuererhöhungen decken lassen. Gesunde Finanzpolitik der Gemeinden sei nur bei Durchführung des Sozialismus möglich. Die Demokraten und die Bürgerliche Vereinigung stimmten dem Haushaltsplan zu. Roß (Dem.) stellte fest, daß im Ausschuß keine Fraktion widersprochen hat. Er erwähnte auch, daß die Erhöhung der Hundesteuer von den Unabhängigen beantragt wurde. Die Debatte wurde abends um ¾9 Uhr vertagt, weil

Stadtratswahlen

vorzunehmen waren. Die im April vorgenommenen Wahlen unbesoldeter Stadträte hatten, mit Ausnahme des Bürgerlichen Remitz, nicht die Bestätigung der Regierung erhalten. Sie bemängelte, daß die sieben Sozialdemokraten und die sechs Unabhängigen zur Zeitersparnis in zwei Gruppen statt in dreizehn einzelnen Wahlgängen gewählt worden waren. Jetzt mußte diese pedantische Vorschrift beobachtet werden, so daß die Wahlen sich bis weit in die elfte Stunde hinzogen. Gewählt wurden wieder die sieben Sozialdemokraten Conrad, Roeckh, Kahn, Kuhke, Schuch, Dr. Silberstein, Wuttke, die sechs Unabhängigen Beerwald, Bohm, Gottschalk, Lachmund, Fritz Schulz, Wielepp.

Lichtenberg. Morgen Donnerstag Lichtbildervortrag: **Eine Wanderung durch Tirol** in der Aula des Cäcilien-Lyzeums, Rathausstraße. Einlaßkarten zum Preise von 30 Pf. bei Täubert, Scharnweberstr. 52.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Ausländische Kartoffeln sollen einheitlich mit den inländischen Kartoffeln auf Kartoffelkarte abgegeben werden. Gestehungspreis ist bei dem schlechten Valutastand mehr als das Dreifache der inländischen. Trennung der Preise für inländische und ausländische geht nicht. Verbraucherpreis einheitlich 25 Pf. das Pfund. Auch dabei für die Städte noch ganz erhebliche Verluste, da Zuschuß von Reich oder Staat nicht geleistet wird.

Berlin. Bis Sonntag im 169., 170., 190., 205. und 207. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Käse. — Kommende Woche 50 Gramm Brotzusatz (L 4). — Das 7. halbe Pfund ausländisches Weizenmehl nach Voranmeldung von heute bis zum 7. (P 5). Inländisches Weizenmehl ohne Voranmeldung.

Reinickendorf. 150 Gramm Graupen (31) und 150 Gramm Grieß (32), für Jugendliche 100 Gramm Sago (36). Anmeldung bis einschließlich heute. Ersatzlebensmittel für auf Kartoffelkarte 22 nicht gelieferte Kartoffeln heute 8—3 im Depot. Auf 23 d und e wiederum Ersatzlebensmittel. Als Ersatzmittel auf Karte 22 d und e werden geliefert 200 Gramm Hülsenfrüchte und 200 Gramm Suppen. Anmeldung in üblicher Weise. Mittwoch bis Freitag 8—4 Uhr, Sonnabend 8—2 in der Schule Lindauer Str. Verkauf von Kleidungsstücken (darunter Blusen und Unterlagen). — Salzbohnen, Salzmöhren, Sauerkohl, Zitronen, Kochsalz, Kaffeemischung, Suppenwürze „Bagemal", Kreddenextrakt für Suppen und Saucen.

Nowawes. Von heute ab werden die Milchkarten zu 1 Liter voll beliefert. — Anzeige über die Frühkartoffel-Anbaufläche bis Freitag im Rathaus, Zimmer 7, zu erstatten. Anbauflächen von nicht mehr als 200 Quadratmeter sind nicht anzumelden. — Proviantamt Potsdam kauft Laub- und Schilfheu als Heuersatz.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteifunktionäre der S. P. D. Freitag, abends 7 Uhr, im Festsaal des ehemaligen Herrenhauses. Zweiter Vortrag des Genossen E. Dittmer. Thema: Vom Beginn der modernen Arbeiterbewegung bis zum Erfurter Programm.

31. Abt. Heute Mittwoch Zahlabend in den bekannten Lokalen.

7. Abt. Heute, 8 Uhr abends, öffentliche Frauenversammlung: „Die Frauen und die Politik". Referentin: Lehrerin Gen. Riedger, Blücher-Festsäle, Blücherstr. 61.

38. Abt. Heute 7½ Uhr Zahlabend für Bellevue- und Hansa-Viertel bei Fahnick, Spener Str. 20, für Friedrich-Wilhelmstadt bei Schäfer, Hindersinstr. 1. — Nächste Mitgliederversammlung Mittwoch, den 11. Juni, 7 Uhr, Café Gärtner, am Stadtbahnhof Bellevue.

Eisenbahner aller Grade. Heute, 6 Uhr, Versammlung im Köpenicker Hof, Köpenicker Straße, Ecke Eisenbahnstraße.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen! Ortsgruppe Groß-Berlin. Heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, II. Hof links, 3 Treppen: Mitgliederzusammenkunft. Tagesordnung u. a. Vortrag des Genossen Dr. Cawerau über die dringlichsten Gegenwartsforderungen sozialdemokratischer Schulpolitik. Gäste, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen und gewillt sind, ihr beizutreten, sind willkommen.

Lichtenberg. Heute abend 6 Uhr Wichtige Flugblattverbreitung. Im 4. Viertel treffen sich die Genossen: 1. Abt. bei Ritter, Schillerstr. 26; 2. Abt. bei Schilling, Kantstr. 19; X. Abt. bei Junk, Ostbahnstraße Ecke Lichtstraße. In allen anderen Vierteln von den bekannten Lokalen aus.

Oberschöneweide. Morgen, Donnerstag, ½8 Uhr, im Restaurant „Bürgerpark" (Offen): Wichtige Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Schlessler über: „Räterechten und Arbeitsgemeinschaften". Da in öffentlichen Versammlungen U. S. P.-Leute und Kommunisten jegliche sachliche Auseinandersetzung unmöglich machen, ist es unbedingte Pflicht jedes einzelnen Gesinnungsgenossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Mariendorf-Südende. Heute abend 8 Uhr im Gesangsaal des Gymnasiums, Kaiserstraße: Sitzung sämtlicher Funktionäre. Rektor Klatt spricht über: „Einheitsschule". Weil auch noch andere wichtige Angelegenheiten erledigt werden soll, ist pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig.

Bernau. Mitglieder-Versammlung heute, Mittwoch, 7½ Uhr bei Rothwald (Saal) Kaiserstraße 62.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier. Sonnabend, den 7. Juni fällt der Mathematikkurs 3—5 Uhr aus (entgegen der mündlichen Besprechung). Der nächste Kurs ist wie gewöhnlich, Sonnabend, den 14. Juni, 3—6 Uhr. Der Kurs vom 7. Juni 5—7 Uhr wurde auf Mittwoch, den 4. Juni, 5—7 Uhr verlegt. — **Verband inaktiver Unteroffiziere Deutschlands.** Vertrauensleute am 5. 6., abends 6.30, in Roland-Festsälen, Elbasser Str. 36. — **Verein ehem. Schüler der 60. Gemeindeschule.** Sitzung 9 Uhr Görlitzer Str. 68. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Heute Mittwoch Vortrag: Jugendschutz und Jugendrecht. Besprechung der Pfingstfahrt.

Briefkasten der Redaktion.

Heute findet die juristische Sprechstunde von 2 bis 4 Uhr statt.

Ueber für den Briefkasten bestimmten Anfrage lege man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 3. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

A. K. 27519. 1. 14. Lebensjahr. 2. Beiderlei Geschlecht. 3. 18 Jahre. 4. Parteibuchhandlung Ihres Ortes. — **P. S. 14.** Wenden Sie sich an Herrn Jugendsekretär Rühiger, Bellevuestr. 7. — **Kriegsbeschädigter 1000 H.** Fragen Sie beim „Tabakarbeiter" an, Bremen, Faulenstr. 59/60. — **C. G. 1878.** 1. Unbekannt. 2. Brotkommission bezw. Kohlenstelle Groß-Berlin. — **F. 24.** Herrn Lehrer Klingler, Berlin, Rheinsberger Straße 62. Auch im „Vorwärts" befinden sich oft Hinweise darüber. — **Hinter dem Gießhause.** Ohne Namen und Adresse unmöglich. — **Rösnitz.** 1.—3. Die Ansprüche können sofort geltend gemacht werden und es kann Anspruch auf die sofortige Auszahlung erhoben werden. — **R. S. 100.** 1. In 10 Jahren. 2. Gegen alle Beteiligten. — **E. M. 1888.** Hängt von der Polizeibehörde ab. Die Einstellung ist jedoch zweifelhaft. — **L. 74.** 1.—3. Die Steigerung ist zu hoch, wenden Sie sich sofort an das Mieteinigungsamt. 4. Ja. 5. Nein. 6. Steuerkasse. — **K. B. 00.** Nein, da eine gesetzliche Unterhaltungspflicht gegenüber der Schwester nicht besteht. — **G. B. 100.** 1. Unter Zugrundelegung Ihrer Darstellung sind es vertragliche Leistungen. 2. Ja. — **L. 121.** Ja. — **A. S.** Der Standesbeamte kann von der Beschaffung Abstand nehmen. Nehmen Sie mit ihm Rücksprache, es setzen Sie sich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung. — **Otto R. 18.** 1. Zimmerstr. 90. 2. Ja. — **O. G. 43.** Das ist von der Stellungnahme des Arbeiterrats abhängig. — **O. B. 34.** Rufen Sie sofort das Mieteinigungsamt, Zimmerstr. 90, an. — **D. M. Sp. 36.** Anspruch auf Entlassungsanzug haben Sie nur dann, wenn Sie Kriegsbeschädigter sind. — **J. H. 36.** Reichen Sie daselbst Klage ein.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Vielfach heiter aber noch kühl und sehr veränderlich; besonders östlich der Oder noch öfter etwas Regen bei frischen nordwestlichen Winden.

Bad-Nauheim

Hessisches Staatsbad. — Außerhalb des besetzten Gebiets und der neutralen Zone gelegen.

Am Taunus bei Frankfurt am Main — Sommer- und Winterbetrieb. Hervorragende Heilerfolge bei **Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden.**

Sämtliche neuzeitliche Kurmittel. — Herrliche Park- und Waldspaziergänge. — Vorzügliche Konzerte, Theater Tennis, Golf, Krocket usw.

Man fordere die neueste Auskunftsschrift Z. 117 vom „Geschäftszimmer Kurhaus Bad-Nauheim".

Opernhaus
Die Fledermaus.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Meine Frau, die Hofschauspielerin.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
7½ Uhr: **Penthesilea.**

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Familie Schimek.

Kammerspiele.
Allabendlich 7½ Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **Eifersucht.**

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werder und Hans Wassmann in Geisha.

Theater i. d. Königgrätzer Straße
Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
8 Uhr: **Erdgeist.**
Donnerstag: **Musik.**
Freitag: **Musik.**

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Heute geschlossen.
Donnerstag 7 Uhr: Z. 1. Male:
Liselott von der Pfalz.
Freitag: **Liselott v. der Pfalz.**

Berliner Theater
½8 Uhr: **Sterne,**
die wieder leuchten.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Kgl. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2391
Tägl. 8 U. Heute z. 271. Male:
Der gute Ruf
Schauspiel von Sudermann.
Sonnab. 1/4: Hänsel u. Gretel.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
4½ Uhr: Konzert.
Vorstellung. Spezialitäten.
7½ Uhr: **Ehe-Urlaub.**

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Der selige Hollichinski.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag,
nachmittags 3½ Uhr:
„Du sollst es nicht".
½8 U.: Der selige Hollichinski

Luisen-Theater.
Die
7½ tägl. **lichtscheue Dame.**
Sonntag 3: **Kabale u. Liebe**
Montag
Dienst. 3. Kindervorstellung
Mittw. 3. Genovefa u. Hirschk.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7½, Sonnt. 3½ u. 7½,
Gastspiel
Anton
Herrnfeld
m. seiner aus 28 Personen bestehenden Gesellschaft in der 3aktigen Burleske
Wer ist der Vater?
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 3½ Uhr jed. Erwachsene 1 Kind frei!

Reichshall.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger
Otto Reutter
usw.

METROPOL
KABARETT
OEHRENSTR. 53
Paul Steinitz
Mimi Beverelli
Fritz Berger
Klein Rosa
Lachpillen-Woll
Lassl u. Acuni
Hansi Etzer
Franz Romahn
Mia Renard
Adolf Karnbach
Am Flügel: Hensel
Conf.: Flatow
Gypsy-Konzerte

Lessing-Theater
Sommerspielzeit.
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: **Charleys Tante.**

Deutsches Künstler-Theater.
Sommerspielzeit. Dir. Max Adalbert / Kurt Götz.
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Rutschbahn.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus
7 U.: Schwitzerin v. Saragossa.
Vorher: Cavalleria rusticana.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Kümmelblättchen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7¼ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus
7½ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Die G'schamige.**
Die Frau ohne Beruf.
Haupttreffer M. D. Einbrecher.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **König Krause.**

Thalia-Theater
7½ U.: **Zur wilden Hummel.**

Th. am Nollendorfplatz
3¼ Uhr: **Die Ahnfrau.**
7 Uhr: **Die Puppe.**

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: **4 Einakter.**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Mandragola.**

National-Theater.
7½ **Die Kinopuppe.**

Theater am Kottbuser Tor.
Allabendlich 7½ Uhr:
Elite Sänger
ehemal. **Stettiner Sänger.**
Humoristischer Spielplan!
Sommerpreise.
Eintritt **60 Pf.**
Im Garten: Blüthgen-Konzert.

Circus Busch
Heute 7½ U.: Circ.-Progr., Lange u. Gibson, Tänze u. Ein Fest a. d. Stiergefecht. 8½ präz.: Ringerwettstreit. Wiederaufnahme des wegen Polizeistunde abgebroch. Entscheidungskampfes: Hintze, Meisterringer von Berlin, gegen Pawlowicz-Serbien. Ferner ringen u. d. Wanderschneiderpreis: Schneider Leipzig gegen Mohrmann-Charlottenbg. Entscheidungskampf um d. groß. Preis! Bahn, der Samson Amerikas, gegen Urbach-Köln.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

4—6
Freikonzert
Wiener
Praterleben
im Clou
Mauerstr. 82.
Freitag, 6. Juni:
Tanzaufführung
Oberlandlergruppe
28 Tänzerpaare.

Admirals-Palast.
Täglich ½8 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue
Admirals-Kino.
Ihr Sport
Henny Porten.
D. Herrenschneiderin.

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Lachpillen-Woll
Else Garell
Karl Stöhr
3 Schwestern Lück
Alfred Jansen
Mary Walter
Rosi Körner
Am Flügel: Sawade
Conf.: Helmslus
Ebener-Konzerte.

Vergnügungspalast
Groß-Berlin
früher
Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15
Direktion: **Karl Knoppe.**
Dienstag, den 3., Donnerstag, den 5. und Sonntag, den 8. Juni:
Großer Ball
mit verstärktem Orchester.
— Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 7 Uhr —
Die eleganten Säle und Sommer-Theater sind an Gesellschaften und Vereine unter kulanten Bedingungen zu vergeben. 194L*

Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8 (Untergrundbahnhof Nürnberger Platz)
Gute Ballmusik
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag:
Gr. Ball
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

Annahme für Vorwetten
Rennen zu

Berlin-Grunewald (Rennen des Union-Klub)	5. Juni
Berlin-Grunewald	9. Juni
München-Riem	8. Juni
Magdeburg	8. Juni
Dresden	9. Juni

Trabrennen zu

Hamburg-Farmsen	4., 8., 9. Juni
Berlin-Mariendorf	8. Juni

Annahme von Vorwetten für Berlin bei persönlich erteilten Aufträgen bis **3 Stunden** vor dem ersten programmäßig angesetzten Rennen. Für auswärtige Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 7 Uhr abends:
Schadowstr. 8 parterre, **Kurfürstendamm 234, Bayerischer Platz 9**, Eing. Innsbrucker Str. 58, **Oranienburger Str. 48—49** (an der Friedrichstraße), **Schiffbauerdamm 19** (Kommission f. Trabrenn.) u. an den Theaterkassen der Firma A. Werthelm
Leipziger Str. 132 | **Tauentzienstr. 12a**
Nollendorfplatz 7 | **Rathenower Str. 3**
Pianufer 24 | **Königstr. 31/32.**
Für briefliche u. telegraphische Aufträge Annahme bis **3 Stunden** vor Beginn des ersten programmäßig angesetzten Rennens
nur Schadowstr. 8.
An Wochentagen vor den Rennen werden Wetten bis 7 Uhr abends angenommen.

Flamingo
Weinstuben und Bar
Taubenstr. 35
Anerkannt vorzügl. Küche
Gute Weine
ff. Kaffee / Billige Preise
Wiener Schrammeln
Dietrich
Pepi Werner.
Gemütlicher Aufenthalt.
! Eintritt frei !

Klavier
evtl. **Flügel u. Harmonium** kauft **Schachtschneider, Buckower Straße 14. III** (Preisangabe).

Elektromotore
Gleichstrom, Drehstrom
kauft, tauscht, verkauft [1]1878
J. Schönberger, Elektro-Inbaft.
Blumenstraße 100. Eing. 17 II.

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wundermandol. 45.—, extra 55.—. Konzertlaute 125.—, 145.— (Unterricht 8.— Monatshonorar, event. 10tägig. Schnellkurse). Künstlermandoline mit Zubehör 125.—. Konzertgeige 65.—. Ernst, Oranienstraße 166 III.
Suche Pianos.
Asser, Flensburger Str. 1.
Moabit 7318.

Perserteppiche, Perserbrücken
kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen
Nagoschiner, Charlottenburg
Wallstr. 18. Wilhelm 7287. 1138L.

Möbel!
Sonder-Angebot!
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Vielen-Möbel
Küchen
in großer Auswahl zu billigen Preisen
Beste Verarbeitung ◆ trockenes Material
Versand auch nach auswärts
Lombard- u. Möbelhaus „Bahnhof Börse" G. m. b. H.
Dircksenstraße 43-44.

Verkauf

von Restbeständen an Fellen
der
Kriegs-Fell-Aktiengesellschaft
Leipzig, Tröndlinring 3

Im Wege des Einschreibeverfahrens werden verkauft
ungefähr:

364 400 rohe Leder-Kaninfelle über 180 Gramm
457 345 rohe Leder-Kaninfelle 121 bis 180 Gramm
504 000 rohe Gerber-Schneide-Kaninfelle
8 343 rohe Bandagen-Leder-Kaninfelle
21 938 rohe Schuß-Kaninfelle
228 150 rohe bunte Kürschner-Kaninfelle
47 697 rohe einfarbige Kaninfelle
53 500 rohe bunte Futter-Kaninfelle
16 260 rohe Wildkaninfelle
9 383 rohe Angora-Kaninfelle
18 592 rohe Katzenfelle
355 680 zugerichtete bunte Kaninfelle
832 zugerichtete weiße Kaninfelle
12 353 gefärbte Kaninfelle
1 933 zugerichtete Katzenfelle
792 zugerichtete Hasenfelle und Hasenrücken
580 verschiedene Felle

Ort der Besichtigung aller Schaulose:
Lager der Kriegs-Fell-Aktiengesellschaft, Leipzig, Reichsstr. 18/20.

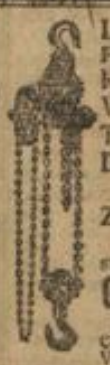
Zeit der Besichtigung:
16. bis 21. Juni und 23. Juni 1919, von 8—12 Uhr vorm.
„ 1—5 „ nachm.

Die Ware ist in Partien, die Partien in Lose von verschiedener Stückzahl eingeteilt. — Die Ware wird **den Interessenten** zu den Bedingungen angeboten, die aus dem Katalog zu ersehen sind.

Die Kataloge mit den Verkaufsbedingungen sind von der Kriegs-Fell-Aktiengesellschaft, Leipzig, Tröndlinring 3, zu beziehen und sind am Orte der Besichtigung, Leipzig, Reichsstr. 18/20, erhältlich.

Die Gebote, welche nur dann berücksichtigt werden können, wenn sie den Verkaufsbedingungen entsprechen, **müssen bis spätestens den 24. Juni 1919** in den Händen der Gesellschaft sein.

Bis zum Empfang der Nachricht ist der Bieter an sein Gebot gebunden. Die Kriegs-Fell-Aktiengesellschaft muß jedoch die Antwort bis zum 15. Juli 1919 zur Post gegeben haben.


Laufkatzen
Flaschenzüge
Kabelwinden
Wandwinden
Tankloben
Drahtseilkloben
Zahnstangenwinden
stets sof. ab Lager
G. Wagner
Berlin 16
Köpenicker Str. 71
Vert. Sie Prsl. V. H.

Berliner Sitzmöbel-Industrie
G. m. b. H.
Berlin C2, Neue Promenad. 1
Eckhaus am Bahnh. Börse.
Klubsessel!
Eigenes erstkl. Fabrikat.
Lagerbesuch erbeten!

Soeben erschienen:
Die Diktatur des Proletariats
von Julian Borchardt.
Eine eingehende Darstellung was unter der Diktatur des Proletariats zu verstehen ist und wie sie begründet wird.
Preis 60 Pfennig.
Verlag der Lichtstrahlen
Bln.-Lichterfelde, Hedwigstr. 1
Rolgeriente erhalten Rabatt.

Kautabak
in Rollen und Stangen
aus reinem Tabak.
Zigarren
von 600 M. pro Mille an
Zigaretten
von Posten an
Wiederverkäufer
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften
(Abteilung en gros)
Friedrichstr. 243 (Holl. Tor)
Alexanderstr. 9 (beim Pol.-Pr.)

Jedes Ehepaar
kann sich sofortiges mehr Vergnügen Nr. 16 über heiles Frauenzeitlef kommen.
Jos. Esser, Offen. Postfach

Pianos
gegen bar und auf Teilzahlung.
Pianohandlg., Berlin
Göbenstr. 10, pt

Korkstöpsel 618*
Sektkorke, alle
Weinkorke,
Korkabfälle
kauft zu hohen Preisen.
Kuchenstein, Charlottenburg, Wachtelstraße 5.

S. Kalisk
Tauentzienstraße 7b
Chausseestraße 72-74
Prinzeastr. 46
◆
Lieferant der Post-, Spar- u. Vorschuß-Vereine seit ca. 20 Jahren

Metallbettstelle mit Patentmatratze von 65,00 Mark an.

Brennabor Kinder- und Klappwagen in größter Auswahl!

Fertige Betten, Inlette, Daunen u. Bettfedern ohne Bezugsschein!

Unser

Stein der Weisen

Das Original aller Nagelpoliersteine

ständig nachgeahmt — niemals erreicht,

ist das ideale Nagelpolier- und Pflegemittel

In wenigen Sekunden wird ein dauernder, **emailleähnlicher Hochglanz erzielt**, der beim Waschen der Hände **nicht verschwindet**. — **Stein der Weisen**, ca. ¼ Jahr ausreichend, Stück **M. 2.—**. Man weise Nachahmungen zurück. Zu haben in den Parfümerien, Drogerien etc. oder direkt bei 149/13*

KOPP & JOSEPH, Parfümeriefabrik, Berlin W 50, Potsdamer Straße 122 FERNSPRECHER: Nollendorf 2610—14.

Verband der Maler, Lackier., Anstreich. usw.
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Tischler

Robert Dietz

(Sektion der Tischler) am 1. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Juni, nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Stahnsdorf aus statt. 136/13

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Der Zug fährt vom Bahnhof Charlottenburg um 1.37 Uhr.

Für die uns von allen Seiten bewiesene herzliche Teilnahme beim Tode meines lieben Mannes

Alfred Riedel

sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren wärmsten Dank. 276/12

Im Namen der Hinterbliebenen:
Wilhelmine Riedel, geb. Reinicke.
Berlin-Hilmersdorf, 2. 6. 1919.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.

Einladung
zur
Ordentl. Ausschußsitzung
am Freitag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krankenhause in Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, Krankenpflegeschulsaal.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1918. 3. Änderung der Dienstordnung. 270/11*

Die Herren Ausschußmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Berlin, den 2. Juni 1919.
Allg. Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Pschelk, Vorsitzender.

Wie ein Wunder
bewährt
Sanitätsrat Dr. Hebbrecht's **Heilsalbe**
bei Hautausschlag, Flechte, Hautjuck., bös. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.25 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin SW. 13, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Z. Kenntnis. Geschätzte Leser!

Heilung der Syphilis

ohne Quecksilber u. Salvarsan durch die bewährte unschädl. Methode von Dr. med. Glinz. Zu beziehen für 2 M. durch
Dapkuns Verlag, München 40, Postfach 1.

Pelze

Wolf-Blau-Kreuzfuchs gegen bar und erleichterte Zahlungsbedingung.
Briefe erbeten. Pelzhaus
ABUCO
Berlin SW. 19

!!! Geld !!!

für jede Verfügung. Höchste Ankaufspreise für Wertsachen, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Flügel oder Piano

sucht von Privatleuten Kleinfeld, Stralauer Str. 26. Postkarte erbeten.

Die beste (*
Kapitalsanlage
ist d. Einkauf von
Speise-, Schlaf-, Herrenzimmern
farbigen Küchen
Polsterwaren
Einzelmöbeln
Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingg.
Stolzmann
Bellealliancestr. 100

Am Freitag, den 30. Mai, starb plötzlich nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Betriebsleiter 102D

Hans Laue.

Wir verlieren in demselben einen in jeder Beziehung rechtlich denkenden, aufrichtigen und lieben Mitarbeiter und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die gesamten Beamten der A.E.G. Signal- und Scheinwerferfabrik Hennigsdorf.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Ortsgruppe Groß-Berlin. Bureau: Münzstr. 20.

Geöffnet täglich von 10—8 Uhr, Montags und Freitags auch von 5—7 Uhr, Sonnabends von 10—1 Uhr.

Wir laden hiermit alle Kolleginnen und Kollegen ein, die nachstehend verzeichneten

Bezirksversammlungen

pünktlich zu besuchen. In diesen Sitzungen können die Beiträge entrichtet werden, auch wird den Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich in der Allgemeinbildung über sozialpolitische und Gewerkschaftsfragen durch Teilnahme an den Vorträgen in den Bezirkssitzungen geistig zu fördern. Andererseits ist es aber dringend erforderlich, daß die Mitglieder an den inneren Arbeiten des Verbandes durch Besuch der Bezirkssitzungen regen Anteil nehmen. 70/13*

Die Bezirksversammlungen finden statt:

Mittwoch, den 4. Juni 1919, abends 7½ Uhr

Bez. Spandau. Restaurant „Potzenhofer", Stresowplatz.
Bez. Treptow-Baumschulenweg. Restaurant „Treptower Klause", Elsenstr. 27/32, Ecke Rieshoikstraße.
Bez. Weißensee. Achtung! Neues Lokal! „Berliner Hof", Antonplatz 1.
Bez. Königswusterhausen-Wildau. Abends 8½ Uhr: Hotel „Stahl", Königswusterhausen.
Bez. Karlshorst. Gesellschaftshaus, Augusta-Viktoria-Str. 41.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 7½ Uhr

Bez. Norden I (Rosenthaler Vorst. / Gesundbrunnen) Restaurant Oswald Berliner, Brunnenstr. 140.
Bez. Norden II (Schönhauser Vorstadt) Lambertz-Festsäle, Schönhauser Allee 123.
Bez. Norden III (Oranienburger Vorstadt / Wedding) Germania-Festsäle, Chausseestr. 110.
Bez. Nord-Ost. Unions-Festsäle, Greifswalder Straße 221/222.
Bez. Nord-West. Nordwest-Hotel (Spiegelsaal), Turmstr. 8.
Bez. Osten. Restaurant Heinrich, Große Frankfurter Straße 30, am Strausberger Platz.
Bez. Westen. Nationalhof, Bülowstr. 37.
Bez. Cöpenick. Restaurant „Kaiserhof", Cöpenick, Grünstr. 10.
Bez. Erkner-Fangschleuse-Neuzittau-Wilhelmshagen. Restaurant Wichert, Berliner Str. 5.
Bez. Lichtenberg. Logen-Kasino, Knorrpromenade 2.
Bez. Pankow-Niederschönhausen. Restaurant „Ulrichsches Zelt", Pankow, Breite Str. 14.
Bez. Hohenschönhausen. Wirtshaus am Orankesee.
Bez. Schöneberg. „Nationalhof", Bülowstr. 37.
Bez. Siehwalde. Restaurant Friedrich, Bahnhofstraße 1.
Bez. Tegel. Restaurant Lindengarten, Tegel, Berliner Straße 65.
Bez. Wilmersd.-Halensee-Schmargendorf. Aula der Viktoria-Luise-Schule, Wilmersdorf, Uhland- Ecke Gasteiner Straße.

Freitag, den 6. Juni 1919, abends 7½ Uhr

Bez. Süden. Restaurant Café Heine, Hasenheide 40/44, Ecke Fichtestraße.
Bez. Süd-West. Restaurant „Lindenhof", Lindenstraße 16.
Bez. Süd-Ost. Restaurant „Versöhnungshalle", Grünauer Str. 14.
Bez. Adlershof. Restaurant „Firge", Adlershof, Gedanstr. 5.
Bez. Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 4 (kleiner Saal).
Bez. Ob.-Nd.-Schöneweide-Johannisthal. Restaurant Karl Schulze, Niederschöneweide, Brückenstraße, an der Kreuzstraße.
Bez. Potsdam-Nowawes. Achtung! Neues Lokal! Parkrestaurant von Klemm (fr. Germaniafäle), Nowawes, Wilhelmstr. 3.
Bez. Reinickendorf-Ost-Rosenthal. Restaurant „Bürgerheim", Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 54.
Bez. Reinickendorf-West. Restaurant Herm. Dehnecke, Reinickendorf-West, Scharmützelstr. 26.
Bez. Steglitz (umfassend die Orte Friedenau, Groß-Lichterfelde, Steglitz, Gildenhof, Lankwitz, Dahlem, Zehlendorf) „Logen-Restaurant", Steglitz, Albrechtstr. 115a.
Bez. Tempelhof. Restaurant „Köpfer", Berliner Straße 160.
Bez. Neukölln. „Deutsches Wirtshaus", Bergstr. 137.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142

Was bringt uns Versailles?

Drei Vorträge zum Frieden
Leiter: Hermann Lech.

II. Vortrag: Mittwoch, den 4. Juni, 8 Uhr
Deutschlands Friedenswirtschaft
Referent: Rudolf Sternfeld-Steilkamp.

III. Vortrag: Donnerstag, den 5. Juni, 8 Uhr
Pläne zum Völkerbund
Referent: Dr. Kuhn. 22290*

Eintritt frei! Gelegenheitssammlung zur Deckung der Kosten.

Donnerstag, 5. Juni, 7 Uhr abends, in der Aula des „Bismarck-Gymnasiums", Wilmersdorf, Pfalzburger Straße 35/36:

Pfingstvortrag des Schriftstellers Hans Roehaut: Wie soll der Sozialist in seiner Welt leben?

Freie Aussprache. 106D

Genossinnen und Genossen sowie Förderer der sozialistischen Idee sind eingeladen. Der Gesamtüberschuß den Angehörigen der politischen Gefangenen.

DRESDNER BANK

Aktiva. Bilanz per 31. Dezember 1918. **Passiva.**

Aktiva	M.	pf	M.	pf
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine u. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken			391 388 164	70
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			2 371 830 415	—
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen d. Reichs u. d. Bundesstaaten	2 371 830 415	—		
b) eigene Akzepte	—	—		
c) eigene Ziehungen	—	—		
d) Solawechsel d. Kunden a. d. Order d. Bank	—	—		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			104 414 427	33
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			326 176 391	80
			13 399 722	35
Vorschüsse a. Waren u. Warenverschiffungen				
davon am Bilanztage gedeckt:				
a) durch Waren, Frecht- oder Lagerscheine	8 136 270	35		
b) durch andere Sicherheiten	253 759	43		
Eigene Wertpapiere			148 724 325	40
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten (davon M. 86876869,65 verzinsliche Schatzanweisungen)	112 050 320	95		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbank. beleihb. Wertpapiere	2 680 796	90		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	27 776 452	00		
d) sonstige Wertpapiere	6 246 734	95		
Konsortialbeteiligungen			86 332 421	80
Dauernde Beteiligungen bei andern Banken und Bankfirmen			67 387 914	55
Schuldner in laufender Rechnung			1 048 128 661	30
a) gedeckte	686 963 454	05		
b) ungedeckte	361 165 207	25		
außerdem Aval- und Bürgschaftsschuldner . . . M. 455 516 390,55				
hierunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank . . . . . M. 152 926 762,20				
Bankgebäude			42 997 817	65
Sonstige Immobilien			3 921 136	95
Mobilien-Konto			1 019 409	25
Pensions-Fonds-Effekten-Konto			8 334 386	10
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung			95 275	—
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung			122 250	—
Saldo der Zentrale u. auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London			20 126 165	80
			4 396 000 813	—

Passiva	M.	pf	M.	pf
Aktien-Kapital-Konto			200 000 000	—
Rücklage A			31 000 000	—
Rücklage B			29 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto			654 526	—
Gläubiger				
a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen			39 096 650	25
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			1 707 981	05
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen			218 330 804	23
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			1 384 823 741	20
1. innerhalb sieben Tage fällig	622 656 716	70		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	433 659 236	65		
3. nach drei Monaten fällig	328 507 766	95		
e) sonstige Gläubiger			2 806 767 499	05
1. innerhalb sieben Tage fällig	1 465 497 329	85		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	919 786 269	01		
3. nach drei Monaten fällig	121 843 899	15		
Akzepte und Schecks			63 899 907	15
a) Akzepte	50 587 060	15		
b) noch nicht eingelöste Schecks	13 312 847	60		
Außerdem				
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. d. f. Reich und Reichsbank übernommenen) . . . . . M. 455 516 390,55				
Eigene Ziehungen	—			
davon für Rechnung Dritter	—			
Weiterbegeb. Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank	—			
Dividenden-Konto			426 360	—
Pensions-Fonds-Konto			8 328 178	25
König-Friedrich-August-Stiftung			118 905	39
Georg-Arnstaedt-Stiftung			152 272	38
Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander			371 403	66
Reingewinn			24 202 879	20
			4 396 000 813	—

Dresden, den 31. Dezember 1918.

DRESDNER BANK.
E. Gutmann. Nathan. Jädell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann.

Die Wohnungsnot in Düsseldorf!

Warnung vor Zuzug!

Die Wohnungsnot in Düsseldorf hat einen derartigen Umfang angenommen, daß vor einem Zuzug nicht dringend genug gewarnt werden kann. Auch sind so viele tausende Arbeitslose — sowohl Kopf- als Handarbeiter — hier, daß nicht daran zu denken ist, daß ein von auswärts Zuziehender Arbeitsmöglichkeit und Wohnung findet; er wird nur Enttäuschung erleben. Infolgedessen wird darauf hingewiesen, daß diejenigen, die dennoch hierher kommen, sich der Gefahr der Obdachlosigkeit aussetzen und durch die Stadtverwaltung keine Hilfe zu erhoffen haben.

Düsseldorf, den 27. Mai 1919. 186/3

Der Oberbürgermeister.

Die Heilkraft des Radium

erproben Sie durch Anwendung der Dr. med. Gutenthal's

5 Radium-Spezialpräparate

Vorzüglich bewährt bei Rheuma und Ischias, Haarausfall und Erkrank. jeder Art, Achsel-, Fuß- und Handschweiß, Pickel, Hautröte, Mitesser.

Einzelpackung mit Gebrauchsanweisung Mark 5,75. D. R. G. M. angemeldet.

Größte Wirksamkeit. Nur echt mit Namenszug des Erfinders.

Erhältlich bei **Viktoria-Apotheke, SW 48,** Friedrichstr. 19. Tel. Moritzpl. 3382/84.
Fürst Bismarck-Apotheke, O, Oppelner Straße 38, Ecke Wrangelstraße.
Adler-Apotheke, N, Prinzen-Allee 68.
Apotheke z. Eis. Kreuz, N, Kastanienallee 2.
Marien-Apotheke, Wilmersdorf, Wilhelmaue 110.

General-Vertrieb (nicht f. Private) **Cohnreich & Philippi,** Charlottenbg. 208, Roscherstr. 7. Steinplatz 7006. 42/18*

Geld-Darlehen
Vorschuß-Schwindel.

Sobald der Geldbriefträger Ihren Vorschuß ausgezahlt hat, ist Ihre Sache erledigt, alles übrige sind vorgedruckte Briefe. 85/13

Zahlt keinen Vorschuß

lassen Sie sich nicht irre führen durch Listen über ausgezahlte Darlehen — — —

Auf zirka 1000 eingezahlte Vorschüsse der Darlehnssuchenden à 10 bis 15 M., teilweise bis 50 M., welche also zirka 20000 M. einbringen, erhalten ein bis zwei Personen gegen absolute sichere Bürgschaft eine Kleinigkeit als Darlehen, also aus den Vorschußeinnahmen — — — — — eventuell zur Reklame und zur Irreführung in dieser Serie ein Darlehen ohne Bürgen. — —

Diese Leute verdienen hierdurch jährlich ca. 100 000 M. (Einhunderttausend Mark) und nehmen skrupellos den Aermsten der Armen die letzten Groschen ab! — —

Wer sich betrogen fühlt

sende uns das Material ein, wir werden dasselbe den behördlichen Stellen vorlegen und versuchen, daß Ihnen der Vorschuß zurückgezahlt wird, mit welchem sich diese Leute bereichern. —

Unkosten entstehen für Sie nicht.

Anfragen unter H. 7711 F. an Haasenstein & Vogler A. G., Berlin W 35.

Speisezimmer

in allen Größen und Ausführungen, **Herrenzimmer, sehr vornehm, Schlafzimmer** in allen Holzarten, große Auswahl billigste Preise [*

Möbelhaus Osten
nur 30 Andreasstraße 30

Gartenlandparzellen,
neu erschlossen,
in guter Kultur, zur Selbstbewirtschaftung und zur sicheren Kapitalsanlage sehr geeignet, in bequemster Lage am **Straßenbahnhof Nordend-Niederschönhausen,** verkaufe für den **ausnahmsweise billigen** Preis von **60—75 M. die Quadratrute.** Auskunft, auch Sonntags, zwischen 4—8 Uhr Schlitzerstr. an der **Endhaltestelle** der Linie 57 in Niederschönhausen **S. Joseph,** Amt Moabit 8675.

Frauenhaare

Kilo 20 Mark, kauft **Haarfabrik Potsdamer Str. 42** u. **Kirbachstr. 59.**

Piano, Harmonium,

Flügel, neu, gebraucht, **Bechsteinflügel,** verkauft billig **Ernst,** Oranienstr. 166 III. *

Zahnpraxis Goldberg.

Direkt am Bahnhof Alexanderplatz.
Eingang Ecke Königsgraben. Sprechstunden 9—6.

Zahnziehen umsonst.
Zähne auffallend billig.
Reparaturen in 8 Stunden.

Schonendste Behandlung.

Stadtrats-Stellen.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Frankfurt a. M. hat demnächst

zwei besoldete Stadtrats-Stellen

auf die Amtsdauer von 12 Jahren zu besetzen. — Für die erste Stelle sind Meldungen von solchen Personen erwünscht, die besondere Erfahrungen in **Steuerangelegenheiten** besitzen, für die zweite Stelle von solchen, die im **Tiefbauwesen** erfahren sind.

Für jede dieser Stellen ist, **soweit nicht eine besondere vertragsmäßige Feststellung** stattfindet, ein Gehalt von jährlich 12 000 M. in Aussicht genommen. Vereinbarungen über Steigerungen bleiben vorbehalten.

Schriftliche Meldungen unter gleichzeitigem Nachweis der Qualifikation, wollen die Bewerber bis zum 16. Juni 1919 ausschließlich an den Unterzeichneten richten.

Frankfurt a. M., den 23. Mai 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung:
Hoff. 45/10

Für das am 1. Juli d. J. erscheinende **„Volksblatt für Spandau u. d. Havelland"** wird ein

leitender Redakteur u. Geschäftsführer

gesucht. Es wird nur auf erste Kräfte reflektiert. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis 10. Juni d. J. an den Genossen **Emil Stahl, Spandau,** Marschallstraße 10 zu richten. 299/b

---

Lebensexistenz!

Rührigen Herren bieten wir durch bezirksweise Uebernahme einer **Vertretung in Versand-, Akquisitions-, Inseraten- und Abonnements-Abteilung glänzenden Verdienst.** Erforderlich sind **500 M. Sicherheit.** — Angebote, für welche Bezirke (mit genauer Angabe der Ortschaften) Vertretung gesucht wird, an uns. Nur schnell entschlossene Reflektanten wollen sich melden.

Westdeutscher Film- und Volks-Verlag Essen 1.

Bureau-Diener

eventuell leicht kriegsbeschädigt, gesucht. Nur gut empfohlene Bewerber wollen sich unter Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen melden unter R. E. 7994 an die Exp. d. Ztg., **Berlin W., Potsdamer Str. 33.** 47/14

Provisions-Vertreter(innen)

für leicht verkäufliche tägliche Gebrauchsartikel, passend für Schuhwaren-, Trogen-, Seifengeschäfte für Groß-Berlin und Provinz gesucht. Bei regelmäßigem und energischem Bearbeiten der Kundschaft leicht 300 M. und mehr im Monat nebenbei zu verdienen. 206D

R. Eckardt, Berlin C. 2, Spandauer Brücke 1 b.

Agent gesucht

welcher für neuentdeckten berufsmäßigen Ankauf und Instandsetzung eines billigen Dauerwaschbuches mit Garten auf dem Lande übernimmt. Bedingung ist alleiniges Interesse für den Käufer, Beendigung des Umzuges in diesem Sommer, Solidität der Ausführung des Hauses in der Art eines neuen Einfamilienhauses für Arbeiter. Meldung erbeten an 99D

Major a. D. Schultz, Stabe, Büloerstr. 1.

Jüngeres, nicht über 20 Jahre altes, durchaus ehrliches und zuverlässiges 100D

Kaufmann,

der in Berlin ansässig ist, und sich darin auskennt, wird für sofort aushilfsweise gesucht. Angebote mit Bild unter W 26 an die Expedition d. Blattes

---

Tüchtiger Dachdeckergeselle gesucht. Meldung bei **O. Sommer,** Kostitzer Straße 5, Nähe Warschauer Straße. 92D

Schreibmaschinenmechaniker, Bedingung mit allen Systemen vertraut, sucht Schreibmaschinen-Reparatur-Werkstatt **Mag,** Friedrichstraße 187/188.

Nachtportier

für unser Fabrikgrundstück gesucht. Schriftliche Angebote unter Chiffre Z 24 an die Expedition d. Blattes erbeten.

Weibliches Personal

für Hotel, Restaurant u. Café vermittelt nur Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, weibliche Gastwirtschaftsabteilung, Müllerstr. 9, parterre (5—8). Vermittlung kostenlos. 138/17*

Korsettnäherinnen

in und außer dem Hause finden dauernde, gut bezahlte Arbeit bei **Arnold Oberstg, Berlin,** Potsdamer Straße 75 c. 91D

Handnäherinnen

u. Stickerinnen finden dauernde, gut bezahlte Arbeit bei **Arnold Oberstg, Berlin,** Potsdamer Straße 75 c. 90D

Ein Aufruf an die Freiwilligen.

Sicherstellung der späteren Existenz.

An die Freiwilligen richtet sich folgender Aufruf des Reichswehrministers:

Kameraden: Furchtbare Jahre hat das deutsche Volk erlebt. Der Krieg ging verloren. Der Waffenstillstand war entsetzlich drückend. Dazu wurde unser Land von heftigen innerpolitischen Kämpfen erschüttert, die noch immer andauern. Eine radikale Minderheit versucht, ihren Willen mit Gewalt der großen Mehrheit des Volkes aufzuzwingen. Dabei schreckt sie nicht vor der Anwendung von Waffen zurück. In blutigen Straßenkämpfen haben die Freiwilligen, Führer wie Mannschaften, den offenen Aufruhr niedergezwungen, sich mit ihren Leibern schützend vor die Volksmassen, die Nationalversammlung und die Regierung gestellt.

Allmählich kann die deutsche zerrüttete Wirtschaft wieder in Gang kommen. Voraussetzung dafür ist, daß Deutschland von dem Chaos bewahrt bleibt. Dazu werden die Freiwilligen weiter beitragen. Jeder einzelne von ihnen hat daran auch ein persönliches Interesse, da nur in einem wieder aufblühenden Deutschland seine wirtschaftliche Zukunft gesichert wird.

Kameraden! Der kommende Friedensschluß, ganz gleich von welchen Personen er vollzogen wird, bringt eine starke Einschränkung der deutschen Wehrmacht. In Hetzblättern wird den Freiwilligen geschildert, daß sie demnächst auf die Straße gesetzt werden sollen und dann das Schicksal der Arbeitslosen teilen werden. Die Freiwilligen sollen zermürbt und zum Auseinanderlaufen gebracht werden. Dann würden die Leute, die uns russische Zustände bereiten wollen, freie Bahn haben.

Die Freiwilligen können wegen ihrer Zukunft so beruhigt sein, wie es in dem hartgeprüften Deutschland möglich ist. Ihre Leistungen werden voll anerkannt. Das findet seinen Ausdruck dadurch, daß dieser Tage **eine ganze Anzahl von Männern aus dem Mannschaftsstande zu Offizieren befördert werden.**

Der notwendig werdende Abbau des Heeres wird nur langsam vonstatten gehen. Dabei werden die wohlerworbenen Rechte der Berufssoldaten voll respektiert werden, dem Boykott, der den Freiwilligen angedroht wird, **werden wir zu begegnen wissen.** In den Betrieben des Reiches wird, falls eine Aechtung der Freiwilligen weiter versucht werden sollte, Platz frei gehalten werden, **wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren.** Ebenso werden bei der eingeleiteten großzügigen inneren Kolonisation die Freiwilligen in erster Reihe neben den Kriegsbeschädigten bei der Ansiedlung Berücksichtigung finden.

Kameraden! Bewahrt wie bisher dem Vaterlande und Eurem Volke die Treue, die mit Anerkennung und Treue vergolten werden wird.

Berlin, den 3. Juni 1919.

Im Auftrage der Reichsregierung:
Noske,
Reichswehrminister.

Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung

begann am Dienstag die zweite Lesung des Entwurfs. Zur geschäftlichen Behandlung erklärten die Abgg. Dr. Heinze (D. Vp.) und v. Delbrück (D. Nat.), daß noch keine bindenden Beschlüsse ihrer Fraktionen vorlägen und sich die beiden Parteien Anträge zur zweiten Lesung im Plenum vorbehalten. Der erste Teil des Artikels 1 wurde in der Fassung erster Lesung angenommen.

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der bisherigen deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt. Abgelehnt wurden Anträge Delbrück, Kahl, statt „Länder" „Staaten" zu sagen. Zu einem weiteren Abschnitt des Art. 1 entstand eine längere Debatte über die Reichsfarben, die nach der Vorlage schwarz-rot-gold sein sollen. Die Debatte drehte sich um einen Antrag Kahl auf Beibehaltung der früheren Reichsfarben schwarz-weiß-rot. Auch der hanseatische Senator Stamer bat im Namen aller drei Hansestädte, im Interesse der Seeschiffahrt und des Ansehens unseres Handels, an den alten Farben festzuhalten. Abg. **Koch-Kassel** (Dem.) wandte sich gegen den Flaggenwechsel. Später, wenn auch erst der Anschluß Deutschösterreichs entschieden sei, könne man sich über diese Sache schlüssig werden. Abg. **Katenstein** (Soz.), dem sich später Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) anschloß, führte dagegen aus.

die neue Zeit bedürfe des äußeren Zeichens.

Wenn seine Partei nicht die rote Farbe beantrage, die für sie weiterhin das Zeichen ihres Strebens wäre, so wolle sie damit sagen, daß noch alle ihre Forderungen erfüllt seien. Schwarz-rot-gold habe in der Freiheitsbewegung 1848 eine große Rolle gespielt. Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.) beantragte „rot" als Reichsfarbe. Der Vertreter Deutschösterreichs, Dr. **Ludo Hartmann**, erklärte sich für schwarz-rot-gold, womit die Deutschösterreicher ihre Ideale verbänden. — Abg. **Gröber** (Zentr.) unterstützte den Antrag Kahl-Delbrück auf Beibehaltung von schwarz-weiß-rot und verweist auf das Beispiel Frankreichs. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten beschlossen, die Abstimmung auf Mittwoch zu vertagen. Art. 3 wurde dahin gefaßt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts als bindender Bestandteil des Deutschen Reichsrechts gelten.

Der Fall Eichhorn und die Gewährsmänner des „Vorwärts".

Im Anschluß an eine abfällige Kritik des Zeugen Tiesenhausen im Prozeß Ledebour schreibt die „Freiheit": „Und ausgerechnet auf einen solchen Charakter baute der „Vorwärts" seine schamlose Hetze gegen Eichhorn auf." — Wenn die „Freiheit" sich die Mühe nehmen würde, den „Vorwärts" aus den ersten Januartagen durchzusehen, so würde sie finden, daß wir unsere Anklage gegen Eichhorn durchaus nicht auf die Aussage eines einzigen, sondern einer ganzen Reihe von Zeugen aufgebaut haben. Was die „Freiheit" eine „schamlose Hetze" nennt, ist in Wirklichkeit ein von sieben oder acht Zeugen gleichmäßig beobachteter Vorgang: wie nämlich im Polizeipräsidium unter Eichhorns Aufsicht Zivilisten bewaffnet und zum Kampf gegen die Regierungstruppen abgeschickt wurden. Die „Freiheit" mag über die Glaubwürdigkeit Tiefenhausens urteilen wie sie will, in diesem Falle deckte sich jedenfalls seine Aussage mit den Bekundungen von mindestens einem halben Dutzend anderer Zeugen, die völlig unabhängig von ihm uns ihre Beobachtungen vortrugen. Nur die in solchen Fällen stets sich einstellende Gedächtnisschwäche der „Freiheit" verhindert sie wohl daran, sich überdies zu erinnern, daß u. a. auch ein Arbeiterratsmitglied der Firma Schwarzkopff im „Vorwärts" ausdrücklich bekundet hat, daß der Arbeiterrat der Firma vom Polizeipräsidium aus telephonisch aufgefordert wurde, **die Arbeiter zwecks Bewaffnung nach dem Polizeipräsidium zu schicken.** Unsere Behauptungen sind also sehr gut fundiert, wovon sich die „Freiheit" vielleicht noch einmal bei Gelegenheit überzeugen wird.

Vielleicht erkundigt sich die „Freiheit" auch bei ihrem Parteigenossen, Dr. Kurt Rosenfeld, der zugegen war, als ein Redakteur des „Vorwärts" vor dem Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung über die Grundlagen der Veröffentlichungen im „Vorwärts" vernommen wurde.

Prozeß Ledebour.

Rechtsanwalt Herzfeld überreicht den schriftlich formulierten Antrag auf Vernehmung des Ministers Landsberg, der unter anderem damit begründet wird, Landsberg habe den „Das Dokument der Schuld" überschriebenen Artikel im „Vorwärts" geschrieben oder Material dazu geliefert, er habe unwahre Angaben gemacht, um gegen den damals schon in Haft befindlichen Angeklagten Ledebour Stimmung zu machen, die Anklage zu veranlassen und Material dazu beizutragen. — Das Gericht behält sich die Beschlußfassung vor.

Die Vernehmung des Zeugen Moser wird fortgesetzt. Rechtsanwalt Herzfeld fragt, ob der Zeuge wisse, daß die Soldatendemonstration unter Führung Spiros, die den damaligen Volksbeauftragten Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik ausrief, und der Soldatenputsch, der zu derselben Zeit (6. Dezember) veranstaltet wurde, um den Vollzugsrat zu verhaften, Herrn Ebert vorher bekannt gegeben worden sei. — Das Gericht lehnt die Frage ab mit der Begründung, es werde als wahr unterstellt, daß der Angeklagte überzeugt gewesen ist, die Soldatendemonstration am 6. Dezember sei von der Regierung oder von Mitgliedern derselben veranlaßt. Auf die **Richtigkeit** dieser Ueberzeugung komme es aber in diesem Prozeß nicht an.

Auf Antrag der Verteidigung werden einige Zeugen vernommen, die bekunden sollen, daß in Gegenwart des Oberleutnants Graf Westarp Gefangene, die der Besatzung des „Vorwärts" angehörten, mißhandelt worden sind. — Zeuge Friedrich Lorenz, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird und zur Besatzung des „Vorwärts" gehörte, sagt, er habe gesehen, daß ein Mann mit verbundenem Kopf von Soldaten mit dem Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen wurde, daß er zu Boden fiel. Derartige Mißhandlungen seien in vielen Fällen vorgekommen. Auch Frauen seien mißhandelt worden. Diese Mißhandlungen seien

auf dem Hofe der Dragonerkaserne

vorgekommen. Graf **Westarp** müsse das alles gesehen haben, denn er sei dabei gewesen und sei immer herumgerannt. Auf dem Hofe lagen blutende Menschen. Ob sie tot waren, kann der Zeuge nicht sagen. Er behauptet mit großer Bestimmtheit, Graf Westarp sei von der Einlieferung der Gefangenen bis zum Abend, wo sie unter Siegesgesängen nach dem Gefängnis geführt wurden, auf dem Hofe der Dragonerkaserne gewesen. — Zeuge Graf Westarp behauptet dagegen sehr bestimmt, er sei erst gegen Abend nach der Kaserne gekommen. Leichen oder blutende Menschen habe er dort nicht liegen sehen. — Zeuge Kratz bleibt bei seiner Angabe und fragt den Grafen Westarp, ob er nicht im Stall der Kaserne eine Ansprache vor den Gefangenen gehalten habe. — Graf Westarp beantwortet diese Frage mit einem bestimmten Nein. — Zeuge Kratz, der seines leidenden Zustandes wegen auf einem Stuhl vor dem Zeugentisch sitzt, springt in höchster Erregung auf und ruft dem Grafen Westarp ins Gesicht: „Sie Lügner". — Der Vorsitzende mahnt den Zeugen Kratz zur Mäßigung. — Kratz entgegnet, entweder er stehe vor der Oeffentlichkeit als Lügner da, oder der Herr Graf. 300 Leute hätten die Rede gehört, sie sollten als Zeugen geladen werden. — Der Vorsitzende bemerkt, eine objektive Unwahrheit liege hier zweifellos vor, aber eine bewußte Lüge brauche deshalb nicht angenommen werden, weder auf der einen noch auf der anderen Seite. — Graf Westarp erklärt, er sei gar nicht im Stall gewesen. Vielleicht liege eine Verwechselung vor, denn im Stahlhelm sähen die Offiziere sich alle ähnlich. — Angeklagter Ledebour beantragt, wenn Graf Westarp wieder geladen werde, solle er im Stahlhelm und der Uniform erscheinen, die er am Tage der Erstürmung des „Vorwärts" trug, damit die Rekognition erleichtert werde. — Auf Befragen gibt der Zeuge Kratz noch an, als Graf Westarp die Ansprache an die Gefangenen gehalten hatte, habe einer der Gefangenen Einwendungen gemacht, worauf Graf Westarp gerufen habe: „Ich werde Euch alle **kalt stellen**". Im Gefängnis in der Lehrter Straße sei Graf Westarp auf ihn, den Zeugen, zugekommen und habe gesagt: „Wir wissen, wer Sie sind, auch Sie werden an die Wand gestellt". — Zeuge Graf Westarp bemerkt hierzu: Das stimmt. Es wurde gesagt, der Zeuge sei ein Russe und wahrscheinlich Radek. (Kratz hat einen Apostelkopf!) Das habe er dem Oberst Reinhard und dem Major Stefani mitgeteilt. — Zeuge Kratz, der den Eindruck eines Nervenleidenden macht, glaubt, daß er im Gefängnis erschossen werden soll.

Zeuge Schwan, der ebenfalls als Teilnehmer an der Besetzung des „Vorwärts" in Untersuchungshaft sitzt, sagt, er sei mit den anderen Gefangenen zusammen aus dem „Vorwärts"-Gebäude abgeführt worden. Als er herauskam, habe ihn ein Posten der Regierungstruppen ins Gesicht geschlagen, so daß seine Brille zertrümmert wurde. Er und die anderen Gefangenen seien von den Soldaten

durch Kolbenschläge mißhandelt

worden auf dem ganzen Wege von der Lindenstraße bis nach der Dragonerkaserne. Er, der Zeuge, habe sich bei dem Offizier beschwert, der habe ihm geantwortet: „Ihr verfluchten Spione, Euch werden wir das besorgen, Euch werden wir den A . . . aufreißen bis an den Stehkragen". Dieser Offizier sei Graf Westarp, den er, der Zeuge, ganz bestimmt wiedererkenne. — Im Hofe der Dragonerkaserne — sagt der Zeuge — lagen Leichen. Die Soldaten zeigten auf die Leichen und sagten zu uns: „Ihr Strolche, Euch passiert dasselbe". — Zeuge Graf Westarp bestreitet ganz entschieden, der vom Zeugen Schwan bezeichnete Offizier zu sein.

Zeugin Frau Steinbring, aus der Untersuchungshaft vorgeführt und mit der Besatzung des „Vorwärts", zu der sie gehörte, gefangen genommen, sagt: Ich kam als letzte aus dem „Vorwärts"-Gebäude heraus. Die Soldaten empfingen mich mit Ohrfeigen. Graf Westarp trat auf mich zu und sagte: „Die ist es." Da schrien die Soldaten wie die Indianer: „Die rote Rosa." Ich war sehr erstaunt, daß man mich für Rosa Luxemburg halten konnte, denn

ich bin doch eine junge Frau

und Rosa Luxemburg war eine alte Frau. Die Soldaten packten mich, stießen mich mit Füßen und schlugen mich mit Kolben. Das muß Graf Westarp gesehen haben, denn er stand dicht dabei. Er griff mich an den Arm und stellte mich vorn an die Spitze des Zuges. Die Soldaten riefen: „Hoch Rosa, und damit man dich Partei... besser sehen kann, gehst du ein paar Meter vor dem Zuge." Auch bei diesem Vorgang war Graf Westarp zugegen. Er tat sehr erfreut darüber, daß sie

nun endlich Rosa Luxemburg

hätten. Am Tor der Kaserne riefen die Soldaten ihren Kameraden zu: „Da haben wir die Rosa." Auf dem Hofe lagen die Leichen von erschossenen Gefangenen. Soldaten sagten zu mir: „Sieh mal, Rosa, wo die liegen, dahin kommst du auch." Die Gefangenen wurden dann in einer Reihe aufgestellt. Graf Westarp wies auf mich und Major Stefani ließ mich aus der Reihe treten. Soldaten stellten mich unter Stößen und Schlägen an die Wand. Einer legte das Gewehr auf mich an. Da stürzten andere Soldaten herzu und riefen: „Nicht schießen, das Pulver ist zu schade für die, wir werden sie in Stücke reißen, damit jeder etwas hat." Als ich später im Untersuchungsgefängnis saß, ist ein Staatsanwalt mit dem Grafen Westarp zu mir gekommen. Da fragte Graf Westarp, ob ich ihn nicht kenne, er sei es doch, der mich an die Spitze des Zuges gestellt habe.

Graf Westarp bemerkt hierzu, er habe, als die Zeugin aus dem „Vorwärts" als eine der ersten herauskam, geglaubt, sie sei Rosa Luxemburg. Andere Gefangene hätten aber gesagt, sie sei nicht Rosa Luxemburg. Er selbst habe die Zeugin nicht an die Spitze des Zuges gestellt, er habe auch kein Geschrei gehört und von den Mißhandlungen, die die Zeugin angab, nichts gesehen, er sei erst abends gegen 7 Uhr nach der Dragonerkaserne gekommen. — Frau Steinbring behauptet dagegen, Graf Westarp sei schon am Nachmittag in der Kaserne gewesen. — Graf Westarp gibt an, er sei auf Vorladung des Untersuchungsrichters der Zeugin Steinbring im Gefängnis gegenübergestellt worden. Da habe er allerdings gefragt, ob sie ihn kenne, aber er habe nicht gesagt, daß er sie an die Spitze des Zuges gestellt habe.

Angeklagter Ledebour und Rechtsanwalt Herzfeld fragen, wie denn Graf Westarp zu der Zeugin ins Untersuchungsgefängnis gekommen sei. — Staatsanwalt Gyse bemerkt dazu: Es sei behauptet worden, Frau Steinbring habe im „Vorwärts" ein Maschinengewehr bedient. Um das festzustellen, seien ihr Graf Westarp und andere Zeugen gegenübergestellt worden.

Graf Westarp bittet den Vorsitzenden, einige von ihm benannte Zeugen, die dem gegen die „Vorwärts"-Besatzung vorgegangenen Stoßtrupp angehörten, zu laden. Seine Ehre sei hier durch Zeugenaussagen und in Zeitungen, die er nicht mit der Kneifzange anfassen möchte, schwer angegriffen. Er bitte, durch beeidbare Zeugen (die Zeugen aus der „Vorwärts"-Besatzung werden wegen Verdachts der Teilnahme an der unter Anklage stehenden Tat nicht vereidigt) feststellen zu lassen, daß er den ganzen Tag beim „Vorwärts" gewesen sei, also an den Vorgängen in der Kaserne nicht beteiligt gewesen sein könne.

Zeugin Steinbring verwahrt sich gegen Anzweiflung ihrer Wahrheitsliebe durch den Grafen Westarp. Sie als Frau und Mutter von zwei Kindern habe auch ihre Ehre, die geschützt werden müsse. — Der Vorsitzende bemerkt, Graf Westarp habe doch die Ehre der Zeugin nicht verletzt. — Angeklagter Ledebour verweist darauf, daß Graf Westarp von beeidbaren Zeugen gesprochen, diese in Gegensatz zur Zeugin Steinbring gestellt und sie dadurch beleidigt habe. Der Vorsitzende habe das wohl nicht gehört. Er, Ledebour, erwarte von der Loyalität des Vorsitzenden, daß er die Aeußerung des Grafen Westarp rüge. — Der Vorsitzende sagt darauf, er habe keinen Anlaß, dem Grafen Westarp eine Rüge zu erteilen.

Am Mittwoch wird die Verhandlung fortgesetzt.

Hochverratsprozeß gegen Dorten.

Eine neue deutsche Note.

Berlin, 3. Juni. Dem General Rudant ist eine neue Note der deutschen Waffenstillstandskommission überreicht worden. Darin heißt es: „**Das Vorgehen hochverräterischer Kreise im rheinischen Gebiet** hemmt die deutsche Regierung in der Ausübung der Regierungsgewalt in Provinzen, die staatsrechtlich und verfassungsrechtlich Bestandteile des Reichs und der Gliedstaaten sind, und benimmt ihr die Möglichkeit der loyalen Durchführung der in Ansehung der besetzten Gebietsteile in den Waffenstillstandsverträgen übernommenen Verpflichtungen.

Eine **Duldung dieser Machenschaften verstößt gegen Artikel 7 des Waffenstillstandsvertrages** vom 9. November 1918, bei dessen endgültiger Festsetzung seitens des Höchstkommandierenden der alliierten Armeen, Marschalls Foch, auf die deutscherseits gemachten Ergänzungsvorschläge schriftlich erklärt worden ist, daß der Text des erwähnten Artikels eine Aenderung in der bestehenden Verwaltungsorganisation nicht einschließt.

Die Handlungsweise jener Individuen stellt sich als ein Unternehmen des Hochverrats gegen das Reich nach den Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches dar.

Nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz ist das deutsche Reichsgericht in Leipzig zur Aburteilung dieses Verbrechens zuständig.

Die deutsche Regierung hat den zur Verfolgung von Verbrechen des Hochverrats zuständigen Oberreichsanwalt in Leipzig angewiesen, **gegen die Hochverräter das gerichtliche Verfahren einzuleiten.**

Unter Berufung auf den angeführten Artikel V des Waffenstillstandsvertrags erwartet die deutsche Regierung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Anordnungen treffen, daß die örtlichen Besatzungsbehörden der Durchführung des vom Oberreichsanwalt eingeleiteten Verfahrens und den Anordnungen der von ihm beauftragten örtlichen staatsanwaltschaftlichen und Polizeibehörden keinerlei Hindernisse in den Weg legen und daß sie insbesondere zulassen, daß alle diejenigen Persönlichkeiten, bei denen der dringende Verdacht des Hochverrats festgestellt sein wird, **verhaftet und zur Aburteilung an das zuständige Reichsgericht übergeführt werden.**

Die deutsche Regierung erwartet demnach, daß keinerlei Eingriffe in das bereits anhängige Strafverfahren gegen den Berliner Staatsanwalt Dr. Dorten in Wiesbaden erfolgen werden, der sich als „Staatspräsident der rheinischen Republik" bezeichnet und sich hochverräterisch Amtshandlungen angemaßt hat."

Zentrumserklärung gegen Losreißungsbestrebungen.

Parteiausschluß gegen Landesverräter.

Berlin, 3. Juni. Die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

Es gibt zurzeit kein größeres Verbrechen am deutschen Volk, als durch Unterstützung und unter Mitwirkung des Feindes auf die Trennung von Landesteilen vom Ganzen hinzuarbeiten.

Die Zentrumspartei weist durch ihre berufenen Vertreter alle diese vaterlandsfeindlichen Bestrebungen mit größter Entschiedenheit zurück. Sie hat keine Gemeinschaft mit Persönlichkeiten, die sich an solchem Treiben beteiligen, und fordert ihre Parteifreunde in ganz Deutschland auf, in geschlossener Einheit und unerschütterlicher Treue zum Reich zu stehen. . . . **Die Zentrumspartei sieht jeden, der sich an solchen Bestrebungen beteiligt, als außerhalb der Partei stehend an.**

Rednerkursus. Heute abend 6 Uhr im Jugendheim beide Kurse. Thema: „Was ist Weltrevolution?"

Gewerkschaftsbewegung

Die Schließung der Spandauer Staatswerkstätten.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlin und der Umgegend sprach Eichler-Spandau über die Frage der Schließung der Spandauer Staatswerkstätten. Der Redner ging auf die der Schließung vorausgegangenen Verhandlungen ein und betonte, die Arbeiterräte haben alles getan, um die Spandauer Betriebe auf die Friedensproduktion umzustellen, sie haben zu diesem Zweck Arbeitsaufträge hereingeholt, die Umstellung würde auch ohne schwere Störungen haben vor sich gehen können, sie sei aber gescheitert an dem Widerstande der Regierung, die den in den Betrieben leitenden Stellen nachgegeben habe. Die leitenden Personen seien bestrebt, die Spandauer Betriebe der Privatindustrie in die Hände zu spielen. Zur Begründung der Schließung werde die Behauptung aufgestellt, in den Spandauer Werkstätten werde keine produktive Arbeit geleistet, das Rohmaterial werde verschleudert, es sei deshalb vorteilhafter, den Arbeitern den Lohn zu zahlen, ohne sie arbeiten zu lassen. Diese Behauptung sei unzutreffend. Die Arbeiter hätten Aufträge für 800 Millionen Mark hereingebracht, aber die Betriebsleitung habe erklärt, diese Aufträge seien ungeeignet, sie dürften nicht ausgeführt werden. Es sei behauptet worden, unter dem Druck der Arbeiterräte sei Material verschoben worden. Das sei nicht wahr. Schiebungen seien allerdings vorgekommen, aber durch Verschulden von Reichsstellen und Behörden, die sich von gerissenen Geschäftsleuten hätten hinters Licht führen lassen. So seien aus den Beständen der Staatsbetriebe 130 000 Kilo Leder zum Einkaufspreise von 1917, das Kilo 9,85 M., verkauft worden. Die Arbeiterräte hätten verlangt, es solle der derzeitige Marktpreis von 12,45 M. gefordert werden. Aber die Betriebsleitung habe darauf bestanden, es dürfe nicht mehr als der Einkaufspreis gefordert werden. Die Firma Flakowski in Danzig kaufte das Leder also zu 9,45 M., verkaufte es sofort für 19 M. und

verdiente bei diesem Geschäft 1 300 000 M.

Ein anderes Beispiel: In einem der Spandauer Werke hergestelltes Flußeisen sei für 250 M. an einen Händler verkauft worden, der dasselbe Material einige Tage später für 400 M. wieder an die Spandauer Betriebe verkaufte.

Die Offiziere in der Leitung der Werke hätten den Bestrebungen der Arbeiter, den Betrieb umzustellen und aufrechtzuerhalten, den größten Widerstand entgegengesetzt. Unbegründet sei der Vorwurf, die der S. P. D. angehörenden Arbeiter der Staatswerkstätten würden terrorisiert. Nur drei oder vier Fälle könnten zur Begründung dieses Vorwurfs herangezogen werden. Aber in diesen Fällen seien, wie festgestellt sei, die Betreffenden aus berechtigten (!) Gründen entlassen worden. Eine große Zahl von Mehrheitssozialisten hätten den Arbeiterräten angehört und man habe mit ihnen ohne Schwierigkeit zusammenarbeiten können, denn die Arbeiterräte hätten sich ja nicht mit politischen Fragen, sondern nur mit der Umstellung der Betriebe beschäftigt. Aber die Mehrheitssozialisten hätten eine Konferenz mit Noske abgehalten und die Folge davon sei die Verfügung gewesen, wonach die Betriebe geschlossen wurden. Der Abgeordnete Stahl habe gesagt, die Schließung sei aus politischen Gründen erfolgt.

Der Redner führte weiter aus, in den Sammellagern befänden sich große Mengen von Automobilen, die als Transportmittel für die Landwirtschaft durch verhältnismäßig kleine Reparaturen brauchbar gemacht werden könnten. Aber diese Arbeiten würden nicht in Angriff genommen, man lasse vielmehr das ganze Material verkommen. Es müsse versucht werden, die Betriebe wiederherzustellen.

Der Referent empfahl eine längere Resolution, die einstimmig angenommen wurde und durch eine Deputation der Regierung überreicht werden soll mit dem Ersuchen um Verhandlung.

Am Schluß der Resolution werden folgende Forderungen erhoben:

1. Restlose Wiedereröffnung der Betriebe.
2. Wiedereinstellung sämtlicher nicht unter die Bestimmung des Demobilmachungsamts entfallenden Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten.
3. Sofortige Wiedereinstellung der Arbeiterräte.
4. Unbedingte Mitwirkung der von den gesamten Beschäftigten gewählten Vertreter in die Hauptverwaltung der Staatsbetriebe.
5. Arbeitsbeschaffung ohne Rücksicht auf die privatkapitalistischen Interessen.

Zuletzt wird die Unterstellung der Staatsbetriebe unter das Reichswirtschaftsministerium gefordert.

*

Hierauf nahm die Versammlung Stellung zu dem

Kartell der sogenannten Angestelltenverbände,

die sich in letzter Zeit in der Bekleidungsindustrie und in anderen Industriezweigen gebildet haben. Diese Organisationen wollen alle in den betreffenden Berufsgruppen Beschäftigten, sowohl kaufmännische Angestellte wie gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen, zusammenfassen. Die Versammlung sprach sich rückhaltlos gegen diese Organisation aus, da sie nicht als Gewerkschaften anzusehen seien, sondern in das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften störend eingreifen. Es wurde beschlossen, in der sozialistischen Presse einen Aufruf an die Arbeitnehmer zu erlassen, der die fraglichen Organisationen beleuchtet und vor ihnen warnt.

Auf Antrag Siegles wurde eine Resolution angenommen, welche sagt: Die Versammlung protestiert gegen den Beitritt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Liga für den Völkerbund, da dieser Schritt unternommen ist ohne Befragung der Mitglieder der Gewerkschaften. Die Berliner Arbeiter lehnen es ab, einer Organisation anzugehören, die nicht auf internationaler sozialistischer Grundlage aufgebaut ist.

Auf eine den

Boykott der Mitglieder von Freiwilligenverbänden

betreffende Anfrage antwortete Körsten, eine Deputation habe in dieser Angelegenheit mit Noske verhandelt. Genosse Brolat habe erklärt, in der Vollversammlung der Arbeiterräte werde seine Fraktion (S. P. D.) die Aufhebung des Boykottbeschlusses beantragen. Das sei geschehen. Wenn die Angelegenheit in der Arbeiterräteversammlung erledigt sei, werde die Gewerkschaftskommission dazu Stellung nehmen.

An diese Mitteilung schloß sich eine Aussprache, in der alle Redner sich gegen den von Regierungsmitgliedern vertretenen Standpunkt wandten, wonach die Gewerkschaftsführer die Ausführung des Beschlusses zu verhindern hätten. Es wurde betont, daß gefaßte Beschlüsse nicht in der Ausführung verhindert werden können und nicht verhindert werden sollen, weil diese Beschlüsse für berechtigt gehalten werden. Schmidt vom Handlungsgehilfenverband teilte mit, auf Veranlassung Noskes habe die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhoben, weil er in einer Versammlung für die Durchführung des Boykottbeschlusses eingetreten sein solle. Wenn die Mitglieder aller Gewerkschaften in dieser Angelegenheit so geschlossen hinter ihren Führern stehen wie die Handlungsgehilfen, dann würde das Vorgehen Noskes gegen die Gewerkschaften seinen Zweck verfehlen.

Anträge zu dieser Angelegenheit lagen nicht vor.

Eine treffende Glosse.

Im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst" wird der Kongreß der Arbeiter der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter von einem Mitarbeiter in folgender trefflicher Weise glossiert:

„Es gab eine Zeit und ich weiß nicht, ob sie schon ganz vorüber ist, in der gewisse von der Revolution verwirrte Arbeiterschichten die Gewerkschaften für überlebt und überflüssig, sie sogar für schädlich hielten. In jenen vom Revolutionsrausch erfüllten Tagen hielten die in den Bekleidungs- und Instandsetzungsämtern beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter einen Kongreß ab, der die Gewerkschaften mit einer kühlen Handbewegung beiseite schob. Am 26. und 27. Mai tagten dieselben Leute wieder in Berlin. Der Kongreß nahm zunächst den Bericht der Fünferkommission entgegen, dessen Leitmotiv das resignierte Bekenntnis war: es ist nichts erreicht! Die Schuld suchte der Referent bei allen anderen, nur nicht bei sich und seinesgleichen. Nacheinander ließ er die Regierung, die S. P. D. und — die Gewerkschaftsführer aufmarschieren. Aber selbst die Delegierten ließen es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, daß die Parteistreitigkeiten das Interesse der Fünferkommission wahrscheinlich mehr in Anspruch genommen haben, als die Interessen der Arbeiter. Genosse Stühmer, der Vorsitzende des Schneiderverbandes, erinnerte daran, daß man ihm auf dem ersten Kongreß sogar die Auskunft verweigert habe, welche Aemter auf jener Tagung vertreten seien: das wäre „Amtsgeheimnis". Im Januar habe man sich an ihn gewandt, weil es „so" nicht weitergehe. Seit der Zeit habe die Organisation alles Zweckmäßige für die Arbeiter der Bekleidungsämter unternommen. Aber von einem Zusammenarbeiten mit der Fünferkommission könne trotzdem nicht gesprochen werden, denn von allen Eingaben, Resolutionen usw., die der Referent verlesen habe, sei den Gewerkschaften nichts bekannt gewesen. Notwendig sei vor allem, den Weiterbestand der Betriebe zu sichern. Deshalb müsse man beweisen, daß die Betriebe auch rentabilitätsfähig sind. Dieser unbeschränkte Wille zur Mitarbeit entlockte dann dem Vorsitzenden des Kongresses das Geständnis, daß es ohne die Gewerkschaften nicht mehr gehe."

Zum Reichstarif für Versicherungsangestellte.

Zu diesem unter obiger Ueberschrift in der Montagmorgennummer des „Vorwärts" veröffentlichten Notiz erhalten wir von Angestellten der Generalagenturen eine Zuschrift, der wir das Folgende entnehmen: Die Angestellten der Provisions-Generalagenturen fallen bis heute nicht unter den Tarif. Es ist uns von der Organisation versprochen worden, den Tarif durch das Reichsarbeitsamt offiziell als Reichstarif erklären zu lassen, wodurch dann sämtliche Angestellte des Versicherungsgewerbes erfaßt würden. Auch wollte der Verband sich mit dem neu gegründeten Arbeitgeberverband der Provisions-Generalagenturen zwecks Anerkennung des Tarifes in Verbindung setzen, um so die gerechten Forderungen der Kollegen durchzusetzen. Obwohl der Tarifvertrag seit dem 12. Mai vorliegt, haben wir etwas Positives nicht erfahren. Es bleibt zu berücksichtigen, daß der Tarifvertrag mit Gültigkeit vom 1. Januar 1919 getätigt worden ist. Eine Besserung unserer Lage ist, wenn es so weiter geht, nicht vorauszusehen. Hier kommen diverse 1000 Beamte in Frage, die auf Provisions-Generalagenturen beschäftigt werden.

Die Vorgänge sind auch bei uns geeignet, Arbeitsunlust und Unruhe in den Betrieben großzuzüchten. Es kann der Fall eintreten, daß auch wir wegen Abschluß und sofortiger Durchführung des Vertrages zum Streik greifen, damit wir zu unserem Rechte kommen.

In einer anderen Zuschrift wird betont, daß die Arbeitgeber in rücksichtsloser Weise die Ausführung der neuen Tariffestsetzungen zuungunsten der Angestellten auszulegen versuchen. In mehr als einem der in Frage kommenden großen Versicherungsbetriebe setzen die Herren Direktoren usw. einfach das Gros ihrer Angestellten in die niedrigste Lohnklasse, die eigentlich nur für die jüngeren, uneingearbeiteten Kräfte zuständig ist. Zu bedenken ist dabei, daß es sich doch um Personal handelt, das 25 bis 35 Jahre alt ist. Von diesen Kräften wird ausdrücklich auch besonders sorgfältige und überlegte Ausführung der schwierigeren Arbeiten verlangt. Bei der jetzigen Einschätzung sind sie mit einem Male nicht besser als der jüngste Kollege und nicht mehr wert als jede beliebige Aushilfskraft mit mangelhafter Ausbildung und Erfahrung.

Trotzdem die Herren Direktoren zugeben, daß dadurch Tausende von Mark dem Geschäft verloren gehen, und daß der Betrieb mit solch minderwertigen (auch minderbezahlten) Arbeitskräften undurchführbar ist, da damit keine pünktliche und genaue Leistung erzielt werden kann, so wollen sie doch erneut versuchen, der Hauptarbeitsklasse ihre gerechte entsprechende Bezahlung zu versagen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Durch die Verschmelzung des Deutschen Techniker-Verbandes mit dem Bund technisch-industrieller Beamten ist eine Verlegung der Geschäftsräume des Techniker-Verbandes nach dem Bundeshaus, Berlin NW. 52, Werftstr. 7, notwendig geworden. Die Ueberführung der einzelnen Abteilungen wird nacheinander im Laufe dieses Monats erfolgen.

Von morgen ab werden:

1. Die gewerkschaftlichen Angelegenheiten der Gruppe A (Bautechniker, Steinmetztechniker, Kunstgewerbezeichner, Gartenbautechniker usw.),

2. alle Unterstützungszahlungen,

3. die Kontrolle der Erwerbslosenunterstützung beziehenden Stellenlosen,

4. die Redaktionsgeschäfte der „D. T. Z."

im Bundeshaus, Werftstr. 7, Fernsprecher Moabit 7810/11, erledigt.

In einer stark besuchten Versammlung von Beamten sämtlicher Staatsbetriebe wies der Referent Herr Schirmbeck nach, wie das Bestreben von Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter, Aufträge für die Staatsbetriebe von den in Frage kommenden Behörden zu erhalten, durch die privaten Unternehmer der Großindustrie durchkreuzt worden sei. Sämtliche Diskussionsredner forderten die sofortige Beseitigung derjenigen leitenden Personen, die die Staatsbetriebe nicht in die Höhe kommen lassen wollen. Große Fabrikgebäude seien bereits verpachtet. Nach Ansicht dieser Herren sollen die Munitions- und Geschoßfabrik, Pulverfabrik und Feuerwerkslaboratorium ganz stillgelegt werden. Der Abg. Stahl versprach, sich in der Eigenschaft als Reichskommissar ganz energisch dagegen zu wehren. Er sehe ein, daß die Vertreter der Großindustrie kein Interesse an dem Fortbestehen der Staatsbetriebe gezeigt haben. Sehr sachlich waren die Ausführungen der beiden Vertreter der Arbeiter aus der früheren Generaldirektion. Beide schilderten, daß sie stets im schärfsten Gegensatz zu den Bestrebungen der Unternehmer, welche es ja verstanden hatten, in allen Behörden und Aemtern Vertreter zu haben, standen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß die Beamten an ihrer bisherigen Dienstzeit festhalten.

Die Streikenden der Firma Schwarz u. Fröhlich, Waldemarstraße 55, treffen sich heute um 2 Uhr nachm. im Streiklokal.

Bund der technisch-industriellen Beamten. Bezirk Siemensstadt West. Vertrauensmännerversammlung am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 4¾ Uhr, im Restaurant Marsand, Siemensstadt, Nonnendammallee 60.

Verantwortlich für Politik Artur Saternus, Bln.-Friedenau, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Bekanntmachung.

Ausländisches Weizenmehl.

Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf **Abschnitt P 5** der Einfuhr-Zusatzkarte der Stadt Berlin entfallen

250 Gramm ausländisches Weizenmehl
oder
250 Gramm inländisches Weizenmehl

nach Wahl des Bezugsberechtigten.

2. Der **Kleinhandelsverkaufspreis** beträgt für das auf Abschnitt P 5 auszugebende **ausländische Weizenmehl**

1,10 M. je ½ Pfund

für **inländisches Weizenmehl** (94 prozentiges)

0,10 M. je ½ Pfund.

3. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen in der Zeit vom **Mittwoch, den 4., bis zum Sonnabend, den 7. Juni 1919,** bei den Kleinhändlern abzugeben. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu P 5 der Einfuhrzusatzkarte am **11. Juni 1919** bei den Großhändlern abzuliefern. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem **30. Juni 1919.**

4. **Das inländische Weizenmehl kann ohne Voranmeldung** gegen Abgabe des **ganzen** Abschnittes P 5 der Einfuhrzusatzkarte sofort in denjenigen entsprechenden Plakaten versehenen Geschäften, die auch gelegentlich des letzten Mehlaufrufs durch Sternenanschlag bekanntgegeben worden sind, bezogen werden.

5. Die mit dem Verkauf des **inländischen Mehls** neben dem ausländischen Mehl beauftragten **Kleinhändler** sind verpflichtet, die für **das Inlandsmehl entgegengenommenen Abschnitte P 5 der Einfuhr-Zusatzkarte im Beisein des Publikums mit Blaustift zu durchstreichen.** Die für das Inlandsmehl entgegengenommenen Abschnitte P 5 der Einfuhrzusatzkarte sind mit den Brotkartenabschnitten zusammen an die Abteilung für Brotversorgung, Stelle 3b abzuführen.

6. **Die ordnungsmäßige Ausgabe des Mehls in den Kleinhandelsgeschäften wird fernerhin streng kontrolliert. Hinsichtlich der Ausgabe des Mehls verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1919. Die Kleinhändler, die das reine ausländische Mehl etwa zurückgehalten, vermischen oder vertauschen, oder aber Restbestände unbefugt verwenden, haben unverzüglich die Schließung des Betriebes zu gewärtigen.**

Im übrigen finden, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen aussprechen, die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 18. Oktober 1916 Anwendung.

Berlin, den 3. Juni 1919.

Nr. 3828 Rü. **Magistrat.**
Abteilung für Nährmittel.

Bekanntmachung.

Zur Beseitigung von Gasausströmungen in den Häusern, welche innerhalb der Weichbildgrenze Berlins, in Baumschulenweg, Treptow und in Reinickendorf liegen, richten wir vom 1. Juni d. J. ab für die Sonn- und Feiertage von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr nachm. im Hause Stralauer Str. 57/58 eine **Sicherheitswache** ein. In vorkommenden Fällen ist diese durch Fernsprechanschluß Zentrum 10520 anzurufen.

Berlin, den 24. Mai 1919.
Direktion der städtischen Gaswerke.

Der diesjährige Kirschenanhang in sieben großen und mehreren kleineren Plantagen soll am Sonnabend, d. 7. Juni, nachmittags 2 Uhr, im hiesigen Rathause unter den im Termine bekanntzumachenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden. 95D
Querfurt, den 2. Juni 1919.
Der Magistrat.

Am Freitag, den 13. Juni 1919, vorm. 10 Uhr
werden wir auf unserem Hof
Berlin N., Wattstraße 22-24
etwa
50 Pferde

sowie **1 Kupee** aus unserem Kutschstall und einige **Geschirre freiwillig versteigern.** 177/4*
Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft
Berlin W 8, Kranzlerstr. 9/10.

Benzol-Motoren
direkt gekuppelt mit Gleichstrom-Dynamos (Kupfer) 3 Stück 65 Volt 30 Amp. u. 3 Stück 65 Volt 60 Amp. auf Eisenrahmen montiert, geeignet für Kinos und Landwirtschaft für stationäre u. fahrbare Anlagen **zu verkaufen.**
Anfragen erbeten unter T. 24.
97D

Neu! Hochaktuell! Neu!
Die politische Lage
und die
Forderung der Stunde
Von **Marc Anton**
36 S. gr. 8° Preis 1 M. 1.—40. Tsd.
+ 10% Sort.-Teuer.-Zuschl.
Zeichnet ein scharfumrissenes Bild unserer aussen- und innerpolit. u. wirtschaftlichen Lage und zeigt mit zwingender Logik den **einzigen Weg** zur Rettung vor sicherem Untergang.
In allen Buchhandlungen!
Verlag Karl Siegismund, Berlin SW 11

Lernt Dekorieren!
Privat-Schule für Schaufenster-Dekoration von Leopold Levisohn, Berlin, Leipziger Str. 86, gegenüb. Tietz. — Prospekt Tages- und Abendkurse.

Schleifen von Küchenmessern in größeren Mengen **zu vergeben**
Offerten an die **Emil Heinicke A.-G.**
Berlin SW, Königgrätzer Str. 72
96D

Das beliebte gute Sauerstoff-Bleichmittel
Wäschepracht „Gauger"
gen. No. 3455
1158L*
entspricht wieder den höchsten Anforderungen

Emmler's Möbel-Fabrik
Speise Zimmer
Herren-Zimmer
Schlaf Zimmer
Wohn Zimmer
Küchen
in allen Preislagen.
S.59.
Kottbuserdamm 25/26

Kranken Frauen und Mädchen
teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Leiden (Blutarmut, Weißfluß und Schwächezuständen in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten.
Frau Berta Koopmann, Berlin W 35, Potsd. Str. 104

BAD SACHSA
Glanzpunkt des Südharzes
Prospekte durch die Bade-Verwaltung

Wir kaufen u. verkaufen
Staats- und Stadt-Anleihen
In- und ausländische Renten
sachgemässe Beratung über
Industrie-Aktien.
Eugen Bab & Co., Bankgeschäft, Berlin W. 8.
Taubenstrasse 46.